Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis

Nummer 265

5. Jahrgang.

Bezugspreis: Monatlich 6.— Mk. und 1.— Mk. Bestellgebühr; durch die Ausgabestellen 6,50 Mk mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7.— Mk.; im Vierteljahr 21.— Mk.

für die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteile 3,— Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der illustr. Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ u. „Für die arbeit. Jugend“.

Redaktion in Halle: Gr. Brauhausstr. 17 Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nr.: in Halle: 6802. Eisleben: 302. Sprechz. i. Halle: v. 11—12, i. Eisleben: n. 4—6 Uhr

Halle, Freitag, den 11. November 1921.

Verlag u. Geschäftsstellen: in Halle: Gr. Ulrichstraße 27 in Eisleben: Bahnhofstraße 22 Fernruf: Halle: 5407. Eisleben: 302. Postscheckkonto 11092 Erfurt.

Preußische Regierungserklärung.

Als am Donnerstag im Preußischen Landtag der neue Ministerpräsident Genosse Otto Braun die Erklärung der Regierung verlesen hatte, und nach ihm unser Fraktionsredner Genosse Hauschild erklärte: „Wir billigen diese Erklärung“, da wurde von den Kommunisten die höhnische Frage dazwischen gerufen: „Auch die 41?“ Darauf ist ernst und bestimmt zu antworten: „Ja, auch die 41 Genossen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die gegen den Abschluß der großen Koalition in der Fraktion gestimmt hatten, werden bei der Abstimmung des Hauses ihr die Erklärung der neuen Regierung ihre Billigung aussprechen.“ Darüber besteht in der Sozialdemokratischen Partei gar keine Meinungsverschiedenheit, daß man das, was man beschlossen hat, mag es nun eine Dummheit oder eine Klugheit sein, auch gemeinsam durchführen muß, daß die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nicht leiden darf an taktischen Streitfragen. Auf der unheilvollen Bahn, die im Jahre 1916 betreten wurde, wird kein Schritt mehr getan werden. Die 4 lebensunfähigen Gebilde, die von damals noch zurückgeblieben sind, die USP. und die, wenn wir richtig zählen, jetzt 3 kommunistischen Fraktiönchen bieten ein Schauspiel, das für Jahrzehnte, auch wenn die Spaltungen bis dahin längst überwunden sein werden, abschreckend wirken wird. Mit dem Bemühen, einen Keil in die Einigkeit der Partei zu treiben, werden sich die Splitterfraktionen ganz vergeblich abgeben. Wir sind alle froh, daß es eine starke und einige Sozialdemokratische Partei gibt und denken nicht daran, aus ihr neue ohnmächtige Gebilde zu schaffen, wie sie links von uns im Ueberfluß bestehen.

Wenn nun gesagt worden ist, daß auch die 41 der Regierungserklärung zustimmen, und damit dem Kabinett, an dessen Spitze unser Genosse Otto Braun steht, die parlamentarische Lebensmöglichkeit geben werden, so ist damit freilich nicht gesagt, daß sie von der Regierungserklärung geradewegs begeistert sein müssen, das ist bei ihnen jedenfalls ebensowenig der Fall, wie bei ihren 46 Fraktionskollegen, die für die große Koalition gestimmt haben, und bei den sozialdemokratischen Ministern selbst. Mit Recht hat Genosse Otto Braun, dessen persönlicher Vertrauensfonds auch vielen Zweiflern das Experiment erträglich macht, an die Spitze seiner Ausführungen die Erklärung gestellt, daß es weniger auf Worte, als auf Taten ankomme. Diese Taten wird man abwarten müssen. Man wird aber heute schon sagen können: Wenn es ihnen gelingt, das Regierungsprogramm restlos auszuschöpfen, ist das schon allerhand.

Die Regierungserklärung sagt, das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition sei das Bestreben gewesen, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preußische Politik zu bringen. Ob dieses Bestreben von Erfolg gekrönt sein wird, auch das wird abzuwarten sein. Sicher wird es nicht so gehen, daß in einem Ministerium hüh und in dem anderen hott geschrieen wird, und daß dem Ganzen vorne und hinten je ein Paar Pferde vorgespannt werden. Sicher wird es z. B. nicht so gehen, daß Genosse Severing sein Ministerium von monarchistischen Agitatoren säubert, und daß Herr Bölitz in dem seinen solche Leute protegiert. Käme es so, dann würde das preußische Experiment mit der großen Koalition sehr bald mit einem Knalleffekt enden.

Bis dahin, das heißt, bis die nötigen Erfahrungen gesammelt sind, wird man sich in der Sozialdemokratischen Partei jedenfalls darüber einig sein, daß es keinen Sinn hat, weiter darüber zu streiten, ob man mit jenen Leuten in eine Regierung gehen durfte oder nicht. Jetzt kommt es darauf an, den stärksten Druck dahinter zu setzen, daß das, was das Regierungsprogramm verspricht, auch wirklich durchgeführt wird. Das wird Kämpfe kosten, nicht innerhalb der Partei, sondern zwischen der Partei und einem Teil der neuen Koalition. Die Koalition, um es wieder und wieder zu sagen, ist kein Kissen, auf das man sich zu gemeinsamer Ruhe lagert, sondern ein Kampfboden, auf dem Klassengegensätze, Verschiedenheiten der Weltanschauungen ausgetragen werden. Auch in solchen Kämpfen muß die Sozialdemokratische Partei lernen, ihren Mann zu stellen.

•

64. Sitzung, Donnerstag, 10. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertisch: das neue Kabinett.

Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

Das Programm der neuen preußischen Regierung. Ministerpräsident Braun

teilt die Namen der von ihm ernannten Kabinettsmitglieder, die bereits bekannt sind, mit. (Ironische Zurufe der Kommunisten: Ernannt?) Als er Dr. v. Richter nennt, rufen die Kommunisten: Das ist ein alter Kappist! Bei der Nennung von Dr. Bölitz entsteht auf der äußersten Linken Unruhe. Den Verbandssekretär Hirtsiefer beabsichtige ich zum Minister für Volkswohlfahrt zu ernennen. Seine Zustimmung konnte ich noch nicht erlangen, da er sich im Auslande befindet.

Die Situation, in der sich unser Land befindet, heischt nicht Worte, sondern Taten. Ich werde mich daher darauf beschränken, kurz die allgemeinen Richtlinien aufzuzeigen, die für die Politik des neuen Kabinetts (Rufe b. d. Komm.: Des Kabinetts der Reaktion!) gelten sollen. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrages, der den unseligen Krieg nur formell beendete, formell, denn zahlreiche Maßnahmen unserer ehemaligen Kriegsgegner sind nicht nur nicht mit dem Vertrage von Versailles, sondern auch mit einem wahren Friedenszustande nicht in Einklang zu bringen. Den deutschen Volksgenossen links und rechts des Rheines, die unter dem Druck der Besetzung leiden, spreche ich die wärmste Sympathie der Staatsregierung aus, die erneut verspricht, ihnen nach Kräften beizustehen. (Lebh. Bravo!) Von den Reichslanden abgesehen trifft der ganze Verlust an Land und Volk allein Preußen. Der schwerste Schlag ist ihm, besonders seiner Wirtschaft, versetzt worden durch die Entscheidung über Oberschlesien.

In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen Folgen dieses ungerechten Machtspruches bereits unverkennbar in die Erscheinung. Das führt auch zu den ärgsten Befürchtungen über unsere Staatsfinanzen, die ja letzten Endes den Stand unserer Wirtschaft widerspiegeln. Trotz der auf allen Gebieten der Verwaltung geübten Sparsamkeit bringt jeder Tag neue Anforderungen, die befriedigt werden müssen. (Zuruf b. d. Komm.: Polizeispitzel!) Wollen wir den Staatshaushalt balanzieren, so muß die steuerliche Kraft unseres Volkes noch weiter angespannt und vor allem der Besitz nach Maßgabe der von der Reichsgesetzgebung den Ländern belassenen Besteuerungsmöglichkeit in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Eine größere Selbständigkeit der Finanzen des Staates und der Gemeinden ist anzustreben. Sie kann nur durch Erschließung eigener ausreichender Einnahmequellen erreicht werden. Diese Einnahmequellen können aber nur ergiebig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern. Die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung wird sie sich besonders angelegen sein lassen, insbesondere durch Vermehrung unserer Anbauflächen durch Urbarmachung von Moor- und Oedländereien und durch eine gesunde Siedlungstätigkeit. Den schädlichen sozialen Begleiterscheinungen einer intensiven Wirtschaft muß durch Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegengewirkt werden. Auch müssen die Auswüchse des krassesten Egoismus, der in der unerträglichen Teuerung, den wucherischen Preistreibereien und den hemmungslosen Spekulationen auf dem Waren-, Effekten- und Devisenmarkt in die Erscheinung getreten ist, mit allen Machtmitteln des Staates bekämpft werden. (Lachen links. — Kommunistische Zurufe: Mit der Volkspartei?) Aufgabe der Justiz und der Exekutive wird es sein, diesem gewinnsüchtigen Treiben mit der gebotenen Schärfe entgegenzutreten. (Beifall.) Gemeingut des ganzen Volkes muß der Grundsatz werden, daß das Gemeinwohl über dem Bereicherungsstreben des einzelnen steht. Das ist nur zu erreichen, wenn er schon zur Grundlage der Jugenderziehung in unseren Schulen gemacht wird. Die Um- und Ausgestaltung unseres Schulwesens soll fortgesetzt werden mit dem Ziele, alle intellektuellen Kräfte unseres Volkes zur höchsten Ausbildung zu bringen und dem Wohle des Volksganzen dienstbar zu machen. (Zuruf b. d. Komm.: Da ist Bölitz der rechte Mann dazu!)

Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es sein, die Verfassung zu sichern und zu festigen und in der Gesetzgebung des Landes und in allen seinen Verwaltungszweigen zur vollen Auswirkung zu bringen. Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur Demokratisierung der Verwaltung bestimmten Gesetze werden dem Hause mit tunlichster Beschleunigung vorgelegt werden. Auch die Beamtenschaft muß sich der Pflicht bewußt sein, in ihrem Amte ebenso die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und für die Autorität des Staates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Bei der Zulassung zu Staatsämtern muß die persönliche Eignung sowie die fachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Anwärter in erster Linie maßgebend sein. (Lachen b. d. Komm.) (Redner kündigt eine der Neuzeit entsprechende Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten durch Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes an.)

Für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden wird sich die Staatsregierung jederzeit einsetzen; indes kann sie Bestrebungen auf Absplitterung einzelner Gebietsteile aus dem preußischen Staatsgefüge nicht unterstützen. (Beifall rechts.) Ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Regierungen Preußens und des Reiches ist dringendes Gebot. Die Staatsregierung wird daher unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Preußens auf ein gutes Verhältnis zur Reichsregierung stets Bedacht nehmen. (Beifall.)

Die Richtlinien der Regierungspolitik stehen im Einklang mit den Vereinbarungen, die für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien getroffen sind. (Zuruf links: Ist das alles?) Bei der Eigenart unseres deutschen Parteiwesens und den starken politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen in unserem Volke ist es unendlich schwer, vier politische Parteien auf einer Regierungsplattform zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Jede Partei muß dabei Opfer bringen, sich in ihren Ansprüchen bescheiden. Das es gleichwohl gelungen ist, die Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien in Preußen nach langen Bemühungen zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien aus der Erkenntnis der furchtbar ernsten Situation unseres Volkes heraus der Wille gewachsen ist, zur Verhütung des Schlimmsten eine Einheitsfront (Großer Lärm b. d. Komm. — Zuruf links: Einheitsfront gegen die Arbeiter statt Einheitsfront der Arbeiter!) aller derer zu bilden, die auch in dem Chaos dieser Zeit den festen Glauben an den Wiederaufstieg unseres Volkes nicht verloren haben und die daher ihre ganze Kraft einsetzen wollen, um unser Land und Volk vor dem Arbeit aus den furchtbaren Nöten unserer Zeit einer Zusammenbruch zu bewahren und es in langsamer, aufopfernder besseren Zukunft entgegenzuführen. (Bravo! i. d. Mitte.)

Das Haus tritt nun in die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten ein.

Abg. Hauschildt (Soz.): Die von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragene Regierungserklärung findet die Billigung meiner Fraktion. (Zuruf b. d. USP.: Auch der 41?) An ihrer Durchführung ernsthaft mitzuarbeiten, sind wir bereit, wie es überhaupt unser Wille ist, der Republik und unserem Volke im Geiste unserer Weltanschauung und Staatsauffassung zu dienen. Um das so stark wie nur möglich tun zu können, nimmt meine Partei auch an der Regierung des Landes teil. Vor die Alternative gestellt, entweder mit der Volkspartei an der Regierung teilzunehmen oder die bürgerlichen Parteien weiterhin allein regieren zu lassen, entschieden wir uns für das erstere, nachdem ein Arbeitsprogramm vereinbart war, dessen Tendenz dem Geiste unserer Görlitzer Koalitionsbedingungen entsprach. (Sehr richtig b. d. Soz.) Es war von jeher unser Bestreben, zu verhindern, daß Preußen sich zu einem zweiten Bayern entwickelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir wollen nicht, daß die Hergt und Genossen Gelegenheit erhalten, von Preußen wie von Bayern aus die deutsche Republik nach ihrem Willen in die Zange zu nehmen. Wir haben vollauf genug an einem Bayern. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Unruhe b. d. Komm.) Wir wollen nicht, daß an der weiteren Entwicklung der Dinge in Preußen, [illegible] Drittel des ganzen Volkes umfaßt, die Helfferich und Westarp [illegible] Freude haben. Wir hoffen, daß der Herr Ministerpräsident auf der gekennzeichneten Bahn erfolgreich eine große Wegstrecke zurücklegen kann. Das ist möglich, wenn jede der beteiligten Parteien Verständnis für die politischen Notwendigkeiten der Zeit bekundet. (Sehr richtig!) Wir erwarten, daß uns die vom Herrn Ministerpräsidenten angekündigten Gesetze, insbesondere die Gesetze zur Demokratisierung der Verwaltung, bald vorgelegt werden.

Abg. Herold (Ztr.) gibt, oft durch lärmende kommunistische Zurufe unterbrochen, eine Erklärung ab, in der er bedauert, daß nicht Stegerwald an der Spitze des erweiterten Koalitionskabinetts steht.

Abg. Dr. v. Krause (DVP.) (häufig durch Zwischenrufe der Kommunisten unterbrochen): Die jetzige Koalition ist eine Arbeitsgemeinschaft. An der Spitze der Arbeit der Parteien muß das Vaterland stehen. Wir werden sehen, wie die Arbeit des Ministeriums sich gestaltet. Wird sie richtig angepackt, kann die Koalition den inneren Frieden herbeiführen. Gut wäre es, wenn der Etat in kürzester Zeit zum Abschlusse gebracht würde. (Beif. rechts! Lärm links.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Sehen wir uns das neue Kabinett an, dann finden wir neben Severing, dem Kappistenverfolger, den Kappist Dr. v. Richter. Wir erinnern uns noch an die Reden Hänischs gegen die Schulreaktionäre wie Bölitz, und heute finden wir Herrn Bölitz auf der Ministerbank neben den Rechtssozialisten! Die Koalition muß scheitern, wenn die Rechtssozialisten nicht zu Verrätern an den Arbeitern werden wollen.

Die Aussprache wird nunmehr abgebrochen. — Die neuen Besoldungsvorlagen für unmittelbare Staatsbeamten, Lehrer, Gewerbe- und Handelslehrer werden an den Beamtenausschuß überwiesen. An den Hauptausschuß geht ein Entwurf, der für die Stromerzeugung im oberen Quellgebiet der Weser Staatsmittel anfordert.

Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten. Schluß 5 Uhr.

Vom Völkerbundsrat.

Genf, 10. Nov. (W.T.B.) Der Völkerbund veröffentlicht zwei Schriftstücke, die folgende Darstellung der Lage der russischen Flüchtlinge geben: Seit der Räumung der Krim durch die Armee Wrangel und dem Abzuge der russischen Zivilbevölkerung vor und nach der Räumung haben sich 300 000 russische Flüchtlinge nach Konstantinopel gewandt. Außer den Angehörigen der Armee befinden sich 40 000 russische Flüchtlinge in Konstantinopel. Der vor zwei Monaten vom Völkerbund ernannte Oberkommissar hat einen Plan für die Unterstützung der Flüchtlinge ausgearbeitet, über dessen Ausführung aber noch einige Zeit vergehen wird.

Genf, 10. Nov. (W.T.B.) Die Kommission für Sonntagsruhe hat der internationalen Arbeitskonferenz einen Konventionsentwurf unterbreitet, der sich grundsätzlich für Einführung der völligen Arbeitsruhe in allen privaten und öffentlichen industriellen Unternehmungen ausspricht. — Die Bleiweißkommission nahm einen neuen Bericht der medizinischen Unterkommission entgegen, der sich über die Schädlichkeit der mit Bleiweiß arbeitenden Betriebe äußert.

Genf, 10. Nov. (W.T.B.) Der Völkerbundsrat wird am 18. November zur Beratung der serbisch-albanischen Frage zu einer außerordentlichen Session in Paris zusammentreten.

Deutsche Werke und A. D. G. B. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird gegen den drohenden Eingriff der Entente in die deutschen Werke durch eine Abordnung von Arbeitern beim General Nollet protestieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211111-13/fragment/page=0001

Die Hilfe für das hungernde Rußland.

Zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Vertretern des Allrussischen Roten Kreuzes ist folgendes Abkommen getroffen worden:

Abkommen.

Zwischen der Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot beim allrussischen Zentralexekutivkomitee, im weiteren Kommission genannt, und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, im weiteren I. G. B. bezeichnet.

§ 1. In Uebereinstimmung mit den Rechten, die die Regierung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik dem I. G. B. einräumen wird, errichtet der letztere in Rußland seine Vertretung, um der notleidenden russischen Bevölkerung Lebensmittel, Medikamente und Kleidungsstücke zu liefern.

§ 2. Zur Verwirklichung der erwähnten Aufgaben gründete der I. G. B. in Petersburg eine Zentralstelle unter Leitung des besonders bevollmächtigten Vertreters.

§ 3. Die nach Rußland einreisenden Mitarbeiter des I. G. B. erhalten zur Einreise nach Rußland Sichtvermerke nach den in der R. S. F. S. R. allgemein geltenden Vorschriften. In Rußland erhalten sie Personalausweise vom Volkskommissariat des Auswärtigen sowie Ausweise von der Kommission.

§ 4. Die russische Sowjetregierung gewährt den Mitarbeitern des I. G. B. bei ihrer Tätigkeit in Rußland denselben Schutz und dieselben persönlichen Rechte, wie sie die Mitglieder anderer in Rußland tätigen Hilfsorganisationen (Deutsches Rotes Kreuz, Nansen-Hilfe) genießen.

§ 5. Die vom I. G. B. nach Rußland gesandten Lebensmittel, Medikamente und Bekleidungsgegenstände werden zoll- und abgabenfrei hereingelassen und unentgeltlich und vorzugsweise auf allen Eisenbahnen, Wasser- und sonstigen Kommunikationswegen der R. S. F. S. R. verladen, befördert und ausgeladen. Das Personal des I. G. B. hat bei der Ausübung seiner Hilfstätigkeit ebenfalls das Recht zur vorzugsweisen Benutzung aller Beförderungs- und Verbindungsmittel. Die Listen der abgesendeten Gegenstände werden vom I. G. B. vor der Verladung nach Rußland bei der ausländischen Vertretung der Kommission eingereicht.

§ 6. Die Mitarbeiter des I. G. B. in Rußland enthalten sich jeder politischen Tätigkeit, und zwar meiden sie jede Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands.

§ 7. Der I. G. B. hat in Ausübung seiner Hilfstätigkeit das Recht zur unentgeltlichen Benutzung der Post- und Telegraphenverbindung.

§ 8. Die Sowjetregierung verpflichtet sich, dem I. G. B. die für seine Tätigkeit erforderlichen Lager-, Unterkunfts- und Arbeitsräume unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sowie ihn bei der Beschaffung von Brennstoffen und der etwa erforderlichen Hilfsmaterialien die weitestgehende Unterstützung zu leisten.

§ 9. Alle Güter und Gegenstände des I. G. B. bilden sein unantastbares Eigentum.

§ 10. Der I. G. B. bringt seine Tätigkeit in Rußland in jeder Hinsicht in Uebereinstimmung mit der Tätigkeit der Kommission sowie der anderen in Betracht kommenden Regierungsstellen.

Zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen der Zentralstelle des I. G. B. in Petersburg und der Kommission entsendet die letztere einen Vertreter in die Zentralstelle.

§ 11. Das vorliegende Abkommen tritt in Kraft, nachdem es vom Präsidium der Kommission und vom Vorstand des I. G. B. in Amsterdam bestätigt ist.

§ 12. Das vorliegende Abkommen ist in zwei Exemplaren ausgefertigt, von denen das eine sich bei der Kommission und das andere bei den bevollmächtigten Vertretern in Petersburg befindet.

Berlin, den 18. Oktober 1921.

Für den Internationalen Gewerkschaftsbund: Edo Fimmen, P. Grasmann.

Für die Kommission zur Bekämpfung der Hungersnot beim Allrussischen Zentralexekutivkomitee: S. Bratman Brobonski, P. Kopp, J. Jonnov.

Rechts- oder Linkskoalition?

Der Feldzug der unabhängigen „Volkszeitung" gegen die S. P. D. geht unentwegt weiter. Die einzige Angriffsstelle ist natürlich das jetzt zustande gekommene Kabinett. Während die U. S. P. im Reiche, sowie in den einzelnen Orten mit einem Seufzer der Erleichterung gemeinsame Veranstaltungen mit der S. P. D. trifft, gemeinsam mit ihr Aufrufe losläßt, lebt ihre ganze Agitation, profaischer ausgedrückt, Mitgliederfang, davon, uns als die Bundesbrüder der Deutschen Volkspartei zu bezeichnen, trotzdem sie genau weiß, wie schwer innerhalb der preußischen Regierung die Kämpfe zwischen unseren Vertretern und denen der Deutschen Volkspartei sein werden. Wenn schon nicht die Persönlichkeiten der Minister dafür bürgen sollten — sie sind aus besserem Holz geschnitzt, als die zerfahrenen Unabhängigen — so müßte die starke Opposition innerhalb der Landtagsfraktion aber doch diese Gewähr geben. Doch man weiß ja, zu welchen Zwecken von der U. S. P. das Kabinett als „schwarzer Mann" hingestellt wird.

Die Mitglieder der S. P. D. setzen ja auch nicht besonders große Hoffnungen in Bezug auf positive Leistungen auf dieses Kabinett, aber es deshalb gleich als Ausbund aller reaktionären Bestrebungen hinstellen, weil zwei Volksparteiler ihm angehören, ist doch eine arge Uebertreibung, auf die man eigentlich auch zum Zwecke des Mitgliederfangs verzichten sollte. Viel besser wäre es, auch darauf zu achten, was die Rechtspresse über die Angelegenheit schreibt, und da kann man in der Kreuzzeitung folgendes lesen:

„Wir können jedenfalls in diesem neuen Kabinett nicht eine „Regierung der Mitte", sondern nur eine ausgesprochene Linksregierung erblicken. Die Sozialdemokratie überwiegt so stark, daß die beiden Volksparteiler und der eine Demokrat nur als Anhängsel wirken können. Auch das Zentrum ist im Verhältnis zur Parteistärke zu schwach vertreten, während die Sozialdemokratie den Ministerpräsidenten, den wichtigen Posten des Ministers des Innern und auch noch das Handelsministerium auf sich vereint. Die Sozialdemokratie hat sich also durchgesetzt. Wenig erfreulich war auch das Bild, das das Verhalten der Deutschen Volkspartei bot. Sie kam tagelang über das „Einerseits", „Anderseits" nicht hinüber und erlebte schließlich einen Umfall nach dem andern. . . . Immerhin ist es uns nicht verständlich, wie die Deutsche Volkspartei in eine Koalition hineingehen konnte, der so offensichtlich der sozialistische Stempel aufgedrückt worden ist."

Die „Deutsche Tageszeitung", das Leiborgan der Großagrarier, ist nicht minder unzufrieden, trotzdem sie noch am Sonntag gerühmt hatte, daß es dem Eingreifen der Deutschnationalen zu danken sei, wenn Otto Braun nicht Landwirtschaftsminister wurde. Am Montag schreibt sie:

„Dem neuen preußischen Kabinett gibt der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun nicht nur die Spitze, sondern zugleich die entscheidende Prägung. Das preußische Ministerpräsidium ist schon rein sachlich von bestimmender Bedeutung für das Kabinett. Nach der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Regierungspolitik, für die er allein auch dem Landtag verantwortlich ist. Zugleich leitet er als Vorsitzender die Geschäfte des Staatsministeriums. . . . Daß Herr Otto Braun ein Mann von rücksichtsloser, ja auch skrupelloser Energie ist, hat er als Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister ja genugsam gezeigt. Für die Durchsetzung seiner Auffassung findet Herr Braun aber auch in der Gesamtstruktur des Ministeriums die günstigsten Bedingungen. Neben ihm sitzen zwei Sozialdemokraten und Herr Dr. Wendorff im Kabinett, der nach seiner ganzen Vergangenheit im Zweifelsfall wohl ohne weiteres an der Seite seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen stehen dürfte. Die sozialdemokratisch-demokratische Hälfte des neuen preußischen Ministeriums ist also von vornherein gegenüber den vier Ministern, die von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum gestellt werden, im Vorteil."

Auch die „Deutsche Tageszeitung" nennt ausdrücklich das Kabinett Braun eine Linksregierung, der die Sozialdemokratie den Stempel aufdrücke. Der 5. November 1921 ist nach dem Organ der Großagrarier „ein schwarzer Tag für den preußischen Staat und das preußische Volk". Man muß nach diesen Aussprüchen reaktionärer Blätter tatsächlich annehmen, daß die U. S. P. politisch blind und taub ist.

Das sauerfüße Gesicht der D. V. P.

Brauns Antrittsrede begrüßt das hallesche Organ der vereinigten Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei mit folgenden gequälten Worten:

Die große Koalition ist in die erste Feuerprobe geschritten. Bestanden ist sie allerdings noch nicht. Nun jedenfalls hat sich das Kabinett Braun, das in der früher angegebenen Form, nur mit dem in weiteren Kreisen unbekannten Hirtsiefer anstatt Stegerwald zustandegekommen ist, dem Preußischen Landtag vorgestellt. Braun gab, wie es sich schickt, die erwartete Erklärung. Sie ist kein Programm, sagte er vorbeugend, sondern gibt nur Richtlinien, wie das Kabinett in diesem oder jenem Falle zu handeln gedenkt. Richtlinien können auch so etwas wie ein Programm sein. Wenn dieser Mann, der sich so kühn an vieles ihm gar nicht Liegendes heranwagt, den Mut nicht findet, sie auch Programm zu nennen, so wird er seinen Grund haben. Es stimmt es auch vieles nicht. Wenn er, der Sozialdemokrat, dessen Partei alles Alte im Lande, auch das Bewährte zu demolieren bemüht ist, die Klagewelle um die verlorenen Brüder am Rhein und in Oberschlesien anstimmt, so wirkt das angesichts jener Taten bald wie eine Lästerung. Ernsthafter war es schon zu nehmen, wenn er neue Steuern verlangte und den Besitz herzunehmen verhieß. Kommunisten und Unabhängige sollten, der Beifall, auch wo er bei besonders gesinnungstüchtigen Sätzen durch starke Betonung verlangt wurde, war dünn. Auch die Volkspartei hatte einen Veteranen, einen in allen parlamentarischen Künsten erfahrenen Debatter, den ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses und Staatsminister Dr. S. Krause zu ihrem Redner. Krause verteidigte sich gut, sehr gut auch seine Partei, aber er kam bäuber ins Unendliche. Und soviel war seinen Worten doch zu entnehmen, daß er die Koalition nicht als ein Kompromiß, das es sein muß, um dem Volke annehmbar zu erscheinen, sondern als einen Notbehelf ansieht. Man müsse ihn annehmen, weil es nicht anders ginge! Für diesen Notbehelf tritt jetzt, wie er auf höhnische Zurufe feststellte, die Volkspartei geschlossen ein.

Die Essener Parteigenossen und die große Koalition.

In einer gut besuchten Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des Stadt- und Landkreises Essen wurde nach eingehender Aussprache über die neue politische Lage in Preußen folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen:

„Die Funktionäre im Stadt- und Landkreis Essen anerkennen die Notwendigkeit, die preußische Regierungspolitik unter stärkeren sozialdemokratischen Einfluß zu stellen. Da auch nach Stegerwalds Zugeständnis nicht ohne Sozialdemokraten regiert werden kann, und ferner das Vorgehen der Demokraten und der Rücktritt Stegerwalds eine Folge der sozialdemokratischen Androhung schärfster Opposition ist, hätte das Ziel im Rahmen der kleinen Koalition erreicht werden müssen.

In der Koalition mit der Deutschen Volkspartei erblicken die Funktionäre, besonders angesichts der Haltung der Volkspartei im Reiche, einen schweren politischen Fehler und eine arge Belastung unserer Partei.

Das kann nur getragen werden, wenn unsere Genossen in der Regierung tatsächlich mit möglichster Beschleunigung unsere Mindestforderungen zur Sicherung der Republik und zur Entwickelung demokratischer Volksrechte durchsetzen. Sollte sich das als unrichtig erweisen, so erwarten die Funktionäre, daß unsere Genossen aus der Regierung ausscheiden.

Vorläufig ist es aber die unbedingte Pflicht der Parteigenossen, durch Stärkung der Organisation die Genossen im Kabinett zu unterstützen in ihrem Bestreben, die eben bezeichnete Politik durchzuführen."

Die 4 Stimmen, die gegen diese Entschließung abgegeben wurden, fielen auf 4 Genossen, die eine schärfere Entschließung forderten.

Die Mariedenterin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege

von Erckmann-Chatrian.

(33. Fortsetzung.)

Da wandte sich nun Kopfel um und sagte mit Ruhe: „Das ist wahr, Herr Richter, die Bildung macht den halben Mann, vielleicht drei Viertele. Das ist's grade, warum diese Republikaner sich auf den Tod schlagen; sie wollen, daß ihre Söhne so gut Bildung erlangen wie die Edelleute. Mangel an Bildung veranlaßt schlechte Aufführung und Elend, und das Elend führt zu schlechten Versuchungen und die schlechten Versuchungen führen zu allen Lastern. Das größte Verbrechen derer, die auf dieser Erde hienieder herrschen, ist, daß sie den Armen die Bildung verweigern, damit ihre edlen Geschlechter immer obendrauf sitzen; das ist, als ob sie den Leuten, wenn sie auf die Welt kommen, die Augen ausstächen, um von ihrer Arbeit Nutzen zu ziehen. Diese Untaten, Herr Richter, wird Gott rächen, denn er ist gerecht. Und wenn die Republikaner, wie sie sagen, darum ihr Blut vergießen, damit solches auf der Erde nicht mehr vorkomme, so sollen alle Menschen, die an ein ewiges Leben glauben, ihnen beistimmen."

Er hatte wohl recht, seine Baracke ein Loch zu heißen, denn sie hatte nur zwei kleine Fenster, der Erde gleich, die auf die Straße gingen. Innen war alles düster; ein großes Bett und im Hintergrund eine hölzerne Stiege, alte Stühle, auf dem Tische Sägen, Nadeln, Zangen, auf dem Schrank als Zierart zwei Kürbisse, über die Decke her Stangen, an welchen die alte Bärbel, Mausers Mutter, ihr Hanfgespinnst aufhing; Fallen und Schlingen aller Art auf dem Bettthimmel, umhüllt von Staub und Spinngeweben; Hunderte von Hans- und Fuchsfallen und Wieselfallen an der Wand aufgehängt, die einen umgewendet, die anderen noch roh, zum Trocknen mit Stroh vollgestopft; vor all diesem Zeug konnte man sich kaum umwenden. Mir ruft es die gute Zeit der Jugend zurück, denn ich habe den Anblick hundertmal gehabt, im Sommer wie im Winter, bei Regen oder Sonnenschein, mögen die kleinen Fenster offen oder zu gewesen sein. Es blieb mir immer das Bild des Mausers in dieser Umgebung, sitzend vor seinem niedrigen Tische, seine Fallen stellend, mit seinen eingefallenen Wangen und geschlossenen Lippen, und neben ihm die Bärbel, die gelbe Katze, mit ihrer kärenen Mütze und ihren dürren Händen mit schwarzen Nägeln und großen blauen Adern, wie sie vom Morgen bis zum Abend am Ofen spinnt, von Zeit zu Zeit aber ihr kleines, von unzähligen Runzeln durchfurchtes Gesicht erhebt und ihren Sohn mit Wohlgefallen betrachtet.

Aber heute war Bärbel nicht bei guter Laune, denn kaum waren wir eingetreten, als sie mit Mauser mit scharfer Stimme zu zanken anfing, er bringe sein Leben in der Kneipe zu, er denke nur ans Trinken, ohne für den anderen Tag zu sorgen, unbegründete Vorwürfe, auf die der Mauser jedoch nicht antwortete, indem er wohl wußte, daß man von einer Mutter alles anhören muß, ohne sich zu beklagen.

Er öffnete ruhig den Kasten, während die alte Bärbel schrie, und nahm aus dem obersten Fach eine breite irdene glasierte Schüssel, in welcher der goldne Honig in schneeweißen regelmäßigen Zellen aufgeschichtet war. Er stellte sie auf den Tisch und legte zwei schöne Waben auf einen ganz reinen Teller, indem er zu mir sagte: „Hörr, Fritzel, das ist ein ganz schöner Honig für die französische Dame. Besser als Honig in Waben gibt es nichts für Kranke. Fürs erste ist er appetitlicher und fürs zweite ist er frischer und gesünder."

Ich hatte schon das Geld auf den Rand des Tisches gelegt und Bärbel wollte es vergnügt zur Hand nehmen; aber der Mauser gab es mir wieder zurück: „Nein," sagte er, „nein; dafür will ich nicht bezahlt sein; steck das Geld ein, Fritzel, und nimm den Teller. Laß Dein Geschirr hier; ich werde es Euch heute abend oder morgen früh bringen."

Und da die Alte ungehalten schien, so setzte er hinzu: „Sag der Französin, Fritzel, daß ihr der Mauser mit dem Honig ein Geschenk macht, und zwar mit Vergnügen, verstehst Du, von Herzen gerne, denn das ist seine respektable Frau. Vergiß das nicht zu sagen, eine respektable Frau. Du verstehst mich?" — „Ja, Mauser, ich werde es ausrichten. Lebt wohl, Frau Bärbel," rief ich noch unter der Türe.

Sie antwortete mir mit ungehaltenem Kopfnicken; die geizige Frau wollte wegen Onkel Jakob nichts einwenden; aber ihren Honig forttragen zu sehen ohne Geld, dies schien ihr sehr hart. Der Mauser begleitete mich hinaus, und ich ging vergnügt über das Vorgefallene heim.

Zehntes Kapitel.

An der Ecke der Kirche begegnete mir Hans Adam, der von der Schleife auf der Wette zurückkehrte. Die Hände bis zum Ellbogen in den Taschen, rief er mir an: „Fritzel, Fritzel!" Und da er näher kam und die zwei schönen Honigwaben gewahrte, so fragte er: „Gehören sie Dein?" — „Nein, man macht der französischen Dame einen Trank daraus." — „Da möchte ich wohl auch krank sein," erwiderte er und leckte ausdrucksvoll seine dicken aufgestülpten Lippen.

Dann fragte er: „Was treibst Du denn diesen Nachmittag?" — „Ich weiß es noch nicht; ich werde mit Scipio spazieren gehen."

Er schaute auf den Hund, kratzte sich den Rücken und versetzte: „Höre, wenn Dir's recht ist, so wollen wir hinter der Dungstätte an der Post Schläge stellen; es gibt da viele Grünlinge und Spatzen an den Hecken, unter dem Schuppen und auf den Bäumen im Posttal." — „Gut, stelle Dich hier auf der Kirchentreppe ein, wir gehen dann zusammen."

Ehe wir uns trennten, fragte Hans Adam, ob er nicht den Finger in den Teller tauchen dürfe, was ich ihm erlaubte; er fand den Honig sehr gut. Dann schlug jeder seinen Weg ein und ich kam gegen halb zwölf Uhr nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211111-13/fragment/page=0002

Deutscher Reichstag.

148. Sitzung, Donnerstag, den 10. November 1921

Sozialdemokratische Interpellation über die Deutschen Werke.

Abg. Hoch (Soz.) begründet die Interpellation. Die §§ 168 und 169 des Friedensvertrages enthalten Bestimmungen, nach denen Waffen und Munition bei uns nur mit Genehmigung der Entente hergestellt werden dürfen. Die Deutschen Werke, vereinigen 14 Betriebe in sich und beschäftigen 36 000 Arbeiter, ausschließlich mit Friedensarbeit. Der jetzige Einariff der Kontrollkommission schädigt die Entwicklung aufs Schwerste. Die Deutschen Werke sind den Anforderungen der Entente in jeder Weise nachgekommen. Nichts ist hinter dem Rücken der Kontrollkommission geschehen, alle Einzelheiten sind vorgelegt und genehmigt worden. Es handelt sich bei dieser unerhörten Vergewaltigung nicht um Recht und Gerechtigkeit, da selbst der Friedensvertrag kein Rechtsvertrag ist, sondern ein Machtinstrument, das wir erfüllen müssen, weil wir uns nicht wehren können. Im Zeitalter der kapitalistischen Unterdrückung sieht das Gerechtigkeitsempfinden beim Unterdrücker ganz anders aus, als beim Unterdrückten. Trotzdem müssen wir den Vertrag erfüllen, weil wir sonst uns nur weitere Vergewaltigungen und Zwangsmaßnahmen zuziehen. In dieser Frage müßte im ganzen deutschen Volke Einigkeit herrschen. Unerhört aber ist es, wenn die eine Partei den anderen Parteien, die über Mittel und Wege zu dem gemeinsamen Ziel anderer Ansicht sind, Ehrlichkeit und Nationalgefühl abspricht. Rechtsstehende Kreise haben auch diese Gelegenheit zur Verletzung benutzt. Es muß alles geschehen, um den Anforderungen des Friedensvertrages gerecht zu werden, die wir erfüllen können, damit kein böser Wille den Gegnern einen Vorwand zu weiteren Vergewaltigungen bieten kann. Da wäre jeder Fehler verhängnisvoll und besonders die Widerstände, die sich in dem alten Beamtentum noch aus reaktionärer Beschränktheit ergeben, müssen vom Ministerium beseitigt werden. Dann aber muß die Regierung immer wieder die Zumutungen der Entente und ihre Unmöglichkeit öffentlich klar legen und darauf hinwirken, daß Vernunft und Selbstbesinnung auch bei den andern Völkern zurückkehrt (Lebh. Beifall b. d. Soz.).

Reichsschatzminister Bauer: Als die Nationalversammlung seinerzeit bei der Botschafterkonferenz die Zustimmung zum Umbau der Deutschen Werke beantragte, wurde diese vernünftigerweise erteilt. Wenn die Regierung mit einer so völlig entgegengesetzten Verfügung, wie die der jetzigen, hätte rechnen müssen, so hätte sie nicht so ungeheure Summen in diese Betriebe gesteckt. Das Werk „Wolfgang" soll vollständig zerstört werden, obwohl die Fabrikation mit ausdrücklicher Genehmigung der Kontrollkommission wieder aufgenommen wurde. (Hört! Hört!) Erklärlich wird dieser völlig ungerechtfertigte Eingriff angesichts der Lage Deutschlands, nicht nur aus der Angst, sondern vor allem aus Handelsneid. Die Liste der verlangten Zerstörungen ist mir jetzt vom Landesfinanzamt zugegangen. (Der Minister verliest diese Liste). Wenn man weiß, daß der ganze Aufbau der Deutschen Werke mit Genehmigung der Kommission geschehen ist, kann man es nur unerhört finden, daß sie eines Tages ohne jede moralische Verantwortlichkeit sagt: Jetzt müssen die investierten Kapitalien wieder zerstört werden. Ich hoffe doch noch, daß die Botschafterkonferenz angesichts dieser Sachlage die Maßnahmen der Kommission wieder aufheben wird.

Auf Antrag **Müller-Franken** (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen

Abg. **Erfing** (Ztr.): Diesem Schritt der Entente wird bald bald ein zweiter und dritter folgen, um unser Wirtschaftsleben endgültig zu zerstören.

Abg. **Hortwig** (Dn.): Der Interpellant und seine Freunde haben die Vorbedingungen dafür geschaffen, daß alle Vorstellungen jetzt nichts mehr nützen.

Abg. **Brüninghaus** (D. Vp.): Die Sozialdemokraten haben sich immer leiten lassen von der Ansicht, daß eine Verständigung ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Abg. **Gothein** (Dem.): Können wir mit Verhandlungen nichts erreichen, dann müssen wir den Schrei vor der ganzen Welt erheben gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird. Und in diesem Protest wollen wir alle uns vereinigen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. **Brandes** (U. Soz.): Wenn die Kontrollkommission die Herstellung von Kriegsmaterial verbietet, findet sie die volle Zustimmung der Arbeiterschaft. Aber solche unsinnigen Maßnahmen, wie die Zerstörung der Deutschen Werke, müssen einen Sturm der Empörung nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern im ganzen deutschen Volke hervorrufen und, wie ich hoffe, in der ganzen Welt. Wenn der deutschnationale Redner glaubte, hier bei den Arbeitern Propaganda für die deutschnationale Politik machen zu können, so sehe ich deswegen ruhig in die Zukunft, denn ich weiß, daß die Arbeiter erkannt haben, wer an dieser Lage die Hauptschuld trägt. Außerdem werden sich die Gewerkschaften an die Gewerkschaften der alliierten Länder wenden mit dem Appell, auf die Ententeregierungen einen Druck nach dieser Richtung auszuüben, und dieser Appell wird nicht wirkungslos sein. (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. **Schirmer** (Bayr. Volkspartei): Wir schließen uns der Aufforderung an die Regierung an, mit allem Nachdruck den Franzosen zu sagen: Bis hierher und nicht weiter!

Abg. **Malzahn** (Komm.): Wir warnen die Arbeiter, sich auf die Unterstützung der Arbeitgeber zu verlassen. Die Hilfe liegt in der eigenen Solidarität.

Das Schlußwort hat der Abg. Hoch (Soz.): Die Besprechung der Interpellation hat eine Einstimmigkeit in den wesentlichen Punkten gezeigt. Der Abg. Hartwig hat behauptet, daß es gerade unsere Partei war, die die politischen Voraussetzungen durch die Leistung der Unterschrift unter den Friedensvertrag geschaffen haben für unsere ganze wirtschaftliche Lage. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder kennt der Abg. Hartwig die damaligen Verhältnisse nicht, unter denen wir den Friedensvertrag unterschrieben, oder aber er hat hier wissentlich Unwahrheiten gesprochen. Wir Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß der Friedensvertrag von uns Unmögliches fordere, und daß wir ihn nur unter dem Druck der Verhältnisse unterschreiben. Hätten wir uns geweigert, so wären die Franzosen in Hanau einmarschiert und kein Stein wäre von den Deutschen Werken aufeinander geblieben.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Die Besoldungsvorlage.

Es folgt sodann die erste Beratung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes.

Abg. **Lübbring** (Soz.) gibt für die sozialdemokratische Partei eine Erklärung ab, in der mit Genugtuung festgestellt wird, daß der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuregelung der Beamtenbesoldung von der Reichsregierung Rechnung getragen ist, und anerkannt, daß die Staffelung der Teuerungszuschläge nach Ortsklassen und die unterschiedliche Entlohnung der männlichen und weiblichen Diätare beseitigt ist. Leider ist aber der gleiche prozentuale Teuerungszuschlag wieder nicht beseitigt worden, sodaß die berechtigten Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppen nicht befriedigt sind. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben sich mit den unbefriedigenden Zugeständnissen nur abgefunden, um einen Bruch und die Entfesselung eines wirtschaftlichen Kampfes zu vermeiden. Die Reichsregierung wird deshalb ersucht, in erneute Verhandlungen mit den Beamten einzutreten, um auch die billigen Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zu befriedigen. Dabei muß der gleiche prozentuale Teuerungszuschlag endlich aufgegeben werden. Ferner muß das Gesetz über die Ortsklasseneinteilung schleunigst zum Abschluß gebracht und in eine Prüfung der Frage der Ersetzung des Ortszuschlags durch ein Wohnungsgeld eingetreten werden. Dem vorliegenden Gesetzentwurf stimmen wir zu, weil jede Änderung der Vorlage eine erhebliche Verzögerung ihrer Verabschiedung bedeutet. Wir erwarten aber bestimmt, daß ein Ausgleich für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen umgehend erfolgt. (Bravo b. d. Soz.)

Die Abgg. Hoefle (Ztr.) **und Vogel** (Dn.) stimmen dem Gesetz zu.

Abg. **Moraht** (D. Vp.): Trotz ernster Bedenken stimmen wir zu in der Erwartung, daß auch endlich die Maßnahmen zur Linderung der Not der Kleinrentner durchgeführt werden.

Abg. **Frau Zietz** (U. Soz.) verlangt eine gründliche Durchberatung der Vorlage. Bei den mittleren und unteren Gehaltsstufen ist die Erhöhung völlig unzulänglich, während die hohen Beamten zu viel bekommen.

Abg. **Delius** (Dem.): Zwischen den oberen und unteren Besoldungsgruppen muß bei der nächsten Regelung ein Ausgleich gefunden werden. Wir stimmen nur zu, um die notwendige Hilfe für die Beamten nicht zu verzögern.

Abg. **Dauer** (Bayr. Volkspartei) stimmt ebenfalls unter Vorbehalten zu.

Abg. **Pfettner** (Komm.): Die Neuregelung ist absolut ungerecht, weil dabei die reaktionären hohen Beamten wieder ein großes Geschäft machen.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärt, daß das Reich bereit sei, den einzelnen Ländern zur Aufbesserung der Beamtengehälter Vorschüsse vierteljährlich im voraus zur Verfügung zu stellen.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erhebt Abg. **Crispien** (U. Soz.) Widerspruch.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr: Anfragen, Besoldungsvorlage, Notstandsmaßnahmen für die Invalidenrentner, Teuerungsinterpellationen.

Heraufsetzung der Roheisenpreise.

Am 19. Oktober hatte der Eisen-Wirtschaftsbund gegen die Stimmen der Arbeitnehmer sämtlicher Gruppen eine Preiserhöhung für Halbfabrikate vorgenommen. Jetzt ist mit Wirkung vom 10. November eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise verabredet worden, die den Preis der wichtigeren Sorten um 9—1400 Mk. weiter steigert, mit der Begründung, daß der ungeheure Sturz der Mark und die Verteuerung der Rohstoffe eine solche Heraufsetzung der Eisenpreise notwendig mache. Die Arbeitnehmer haben bereits im Verlaufe der letzten Sitzung verlangt, daß anstatt der jetzt einseitig von den Unternehmern festgesetzten Richtpreise gesetzlich bindende Höchstpreise in Geltung gebracht werden sollten. Mit Recht, denn schon die damalige Preiserhöhung ging über die Steigerung der Selbstkosten unter Hinzurechnung eines angemessenen Gewinnes im wesentlichen hinaus. Der Reichswirtschaftsminister hat nun angeordnet, daß eine neuerliche Unterhaltung der Gestehungskosten stattfinden soll. Auf Grund dieser Erhebung soll dann eine Ende dieses oder Anfang nächsten Monats stattfindende Sitzung des Inlands-Ausschusses des Eisen-Wirtschaftsbundes über die Festsetzung von Höchstpreisen beraten. Besonders auffallend ist, daß bisher die Verbraucher-Vertreter, soweit sie aus Unternehmern bestehen, die Preiserhöhung bewilligt und von einer Festsetzung von Höchstpreisen Abstand genommen haben. Unter ihnen befinden sich auch Vertreter der Reichs-Eisenbahn. Sie werden inzwischen hoffentlich eingesehen haben, daß ihre Zugeständnisse an die Erzeuger nur noch zu weiteren Preisforderungen geführt haben, und daß diese Preispolitik, deren Folgen auch bei den kommunalen Eisenverbrauchern, den Gaswerken, Straßenbahnen usw. schwer zu prüfen sind, unhaltbar sind.

Notizen.

Die Fraktionen des Reichstags haben zur Zeit folgende Stärke: Sozialdemokraten 108, Zentrum 72, Deutschnationale Volkspartei 71, Deutsche Volkspartei 65, USP. 61, Demokraten 40, Bayerische Volkspartei 20, KPD. 18, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 8.

Gegen die Privatisierung der Eisenbahnen. Heute waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten und -Arbeiter sowie Hauptvorstand und Hauptbetriebsrat der Reichseisenbahn zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichseisenbahnen zu erörtern. Alle Organisationen und die Betriebsräte sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Aenderung der Betriebsform der Reichseisenbahnen aus. Sie überreichten dem Reichsminister eine dahingehende Entschließung zur Weitergabe an die Reichsregierung.

Reprollarische Propaganda. Einer der wenigen Demokraten, die es in der Demokratischen Reichstagsfraktion noch gibt, schickt der sächsische Abgeordnete Bradauf zu sein. Er hat im Reichstage eine Auskunft von der Regierung verlangt, ob sie bereit ist, die Köster'sche Aufklärungsschrift „Konnten wir in Herbst 1918 weiterkämpfen?" an die Schulen kostenlos zu verteilen. Ferner wünscht der Abgeordnete die kostenlose Verteilung der Schrift „Warum verloren wir den Krieg?" und „Der Sieg war zum Greifen nahe!"

Immer noch Unklarheit. Am Donnerstag nachmittag 5 Uhr waren die Vertreter der Reparation zu einer unverbindlichen Besprechung beim Reichskanzler erschienen. Der Kanzler legte den Vertretern der Entente unsere wirtschaftliche Lage und Zahlungsmöglichkeit klar. Ueber die Absichten der Reparationskommission herrscht auch bisher keine Klarheit.

Der Dollarkurs. Gestern setzte an der Berliner Börse der Dollar mit etwa 273 ein. Er ging im weiteren Verlauf auf ungefähr 260 zurück und stieg dann wieder auf etwa 273. Die amtlichen Notierungen lauten: Kabel New York 272,75, London 1075, Holland 9350. Es scheint, als ob immer noch bedeutende Bestände von gehamsterten ausländischen Zahlungsmitteln beim Publikum vorhanden sind.

Die irische Frage immer noch nicht gelöst. Lloyd George teilte in Erwiderung auf eine Anfrage mit, daß die Regierung und die Sinnfeiner übereingekommen seien, für den Fall, daß die irischen Verhandlungen unzulänglich zweifelscheitern sollten, eine angemessene Kündigungsfrist zur Beendigung des Waffenstillstandes zu gewähren. Er hoffe jedoch ernstlich, daß dieser Fall nicht eintrete.

Literatur.

Soeben ist im Verlag von **J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.** in Stuttgart erschienen: **Die Mutter als Erzieherin.** Ratschläge für die Erziehung im Hause von Heinrich Schulz. Siebente, verbesserte und vermehrte Auflage. **Preis kartoniert 6 Mark, in Geschenkeinband 9 Mark.**

Im Vorwort zu dieser Auflage sagt der Verfasser:

„Im Jahre 1907 erschien die erste Auflage dieses Büchleins als eine Zusammenfassung regelmäßiger Beiträge für die „Gleichheit" um die mich damals Klara Zetkin mit unermüdlicher Beharrlichkeit Nummer für Nummer ersuchte. Gern habe ich ihr etwa zwei Jahre hindurch diese kleinen erzieherischen Winke zur Verfügung gestellt, da sie mich immer wieder zur erzieherischen Selbstbesinnung nötigten. Denn leicht wird man erkennen, daß es sich bei den Ratschlägen nicht um Gedankenarbeit an der Hand eines vorbedachten erzieherischen Programms handelt, sondern um unmittelbares Erlebnis in häuslicher Gemeinschaft.... Die bisherigen sechs Auflagen sind unverändert erschienen. Die siebente Auflage weist zum erstenmal eine Reihe von Veränderungen auf. Teils sind sie nur stilistischer Art, teils wollen sie dem Büchlein einen allgemeineren Charakter geben, wie es der veränderten Bedeutung der Arbeiter in der neuen Zeit entspricht. Einige Winke konnte ich aus dem gleichen Grunde ausscheiden, einige neue Ratschläge habe ich hinzugefügt. Das Vorwort zu den bisherigen Auflagen schloß mit den Worten: „Dies kleine Schrift soll als eine Art Mutterbrevier zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren erzieherischen Sorgen und Nöten eine gern angerufene Freundin und Ratgeberin werden.""

Briefkasten der Redaktion.

F. B. 100. Der Amtsvorsteher hat keine Verpflichtung, wenn nicht Mißhandlung vorliegt, die Sache weiter zu verfolgen. Aber Sie können bei dem Landrat, der direkter Vorgesetzter des Schutzpolizisten ist, Beschwerde einreichen, daß er Ihren Sohn geschlagen hat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Felle! — Felle!
Für Ziegen-, Hasen-, Kanin-, Maulwurfs- sowie alle anderen Sorten Felle werden immer noch die **höchsten Preise gezahlt.**
Desgleichen für Lumpen, Papier, Eisen, Metalle, Knochen, Zeitungen usw. — Freie Abholung
Karl Theuring, Inhaber: M. Theuring
Lilienstrasse 13 Gerberstrasse 8
und Merseburg, Breitestr., bei Bischoff, vorläufig nur Sonnabends.
Telephon 4957. Telephon 4957.

Stellen finden.

Eisen-Betonfacharbeiter
stellt sofort ein Hermann Mücke, Halle, Leipziger Str. 87.

Tüchtiger Maurerpolier
für
Wolfen b. Bitterfeld
gesucht. Offerten unter V. St. 68 a. d. Exp. d. Bl.

Vertretung und Fabrikniederlage: Gg. Kuhlins, Halle a. S., Oleariusstr. 1a. Telephon Nr. 4084.

Zu verkaufen
Winterüberzieher, schwarz und Anzug, beides ist neu, preiswert zu verkaufen Goethestr. 23, II.

Kaufgesuche
Hasenfelle
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplatz 1.

Vermischtes
Gummi-Hosenträger Dauerwäsche
Fr. Speer
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 63

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
Naumburger Volksbuchhandlung
Markt 10.
Buchhandlung Volksstimme Halle.

Familien-Nachricht.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb gestern abend 8½ Uhr unser Kollege

Emil Hädrich.

Wir verlieren in ihm einen ruhigen und aufrechten Kollegen und werden seiner immer in Ehren gedenken.

Werkmeister-Bezirksverein Ammendorf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192111 1-13/fragment/page=0003

Größte Sehenswürdigkeit in Halle.

11., 12. und 13. November:

Große Geflügelausstellung

in den neuen Straßenbahn-Hallen am Städt. Schlachthofe in Halle a. d. S. zum 5 jährigem Jubiläum des **Ornithologischen Centralvereins für Sachsen u. Thüringen.**

Ueber 4500 edelste Zuchttiere aus allen Gauen Deutschlands werden ausgestellt.

Versteigerung der prämiierten Tiere am 11. November 11 Uhr vormittags. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.

Konsumverein Langerhausen u. Umgeg.

Filialen Eisleben.

Sonntag, 13. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kleiner Saal

Konsum-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung.

1. Bericht von der General-Versammlung (Gen. Heymann-Langerhausen).
2. Ersatzwah. von Genossenschaftsratsmitgliedern.

Der Genossenschaftsrat.
J. A.: Ahlers.

Stadt-Theater

Sonnab. d. 12. Nov. 21. Anf. 7½, Ed. 10 Uhr.
Gastspiel:
Kammersänger **Eduard Habich,** Berlin
Der Barbier v. Sevilla. Komisch. Op. v. Rossini
Sonntag nachm. **Zwangsquartierung**
Sonntag abend: **Schönheit u. Jugend** (Una cosa rara) Singspiel v. V. Martin.

KAKAO

Bonbons, Schokoladen, Weihnachtsartikel

empfiehlt

Bonbonhaus Bartl,

Gr. Steinstr. 34, Ecke Margaretenstr.

Kunstverein.

Ausstellung Kunstgewerbeschule, Guthjahrstrasse.

Neue Deutsche Malerei.

Geöffnet tägl. v. 10–4 Uhr Eintritt Mk. 3.–, Sonntags ab 1 Uhr Mk. 1.–

Tadellose

Fruchtweine

zu Familienfeiern empfiehlt

Trebstein, Kellerei Gutenberg.

Pianos

gedegen und preiswert bei bequem. Zahlweise Erstklass. Ausführung. Sicherste Garantie. **Albert Hoffmann,** Am Riebeckplatz.

Extra-Angebot!

Solange Vorrat.

Hr.-Strickwesten	39⁷⁵	44⁷⁵	54⁰⁰
Unterhosen	3⁷⁵	39⁷⁵	48⁰⁰
Barchenthemden	49⁷⁵	58⁰⁰	62⁰⁰
Socken	9⁷⁵	11⁷⁵	14⁵⁰
1 Posten Sweaters	36⁷⁵	42⁵⁰	48⁰⁰
1 Posten Trikots in allen Größen			
1 Posten Strümpfe	9⁷⁵	11⁵⁰	14⁵⁰
Kopftücher	11⁷⁵	16⁵⁰	21⁵⁰
Umschlagtücher	54⁷⁵	58⁰⁰	72⁰⁰
Unterröcke	29⁷⁵	39⁰⁰	49⁵⁰
Einsatzhemden, Nipseinsatz			64⁵⁰

1 Post. Dam.-Wäsche ganz billig

Bettwäsche, Schlafdecken 2c. 2c.

Solange Vorrat.

Wäsche- u. Wollwaren-Lager,

Gr. Ulrichstr. 25, Ecke Jägergasse.

Trauringe

ohne Lötfuge D.R.P.

Massiv Gold

333 585 750 u. 900 gestempelt in allen Weiten u. verschiedenen Preislagen am Lager

Goldscharnier

Paar v. Mk. 40.– an.

Hermann Schladitz

Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

Volks-Konzert

am

Mittwoch, den 16. November 1921,

½8 Uhr abends, im Stadtschützenhaus Mücheln.

(1. A.-K.-W.-Abend.)

Harfe + Gesang + Klavier

Unter Mitwirkung von:

Frau Kammervirtuosin **Bauer-Ziech** von der Staatsoper in Dresden (Harfe),
Frau Konzertsängerin **Minna Dahlke-Kappes** aus Halle (Gesang),
Am Klavier: Herr **Leo Schönbach,** Kapellmeister vom Stadt-Theater Halle.

Aus der Folge:

Hymne aus Moses von Rossini } Harfe
Spanische Serenade von Tedeschi }
Lieder von Schumann, Schubert, Strauß, Gischler mit Harfen- und Klavierbegleitung.
Polonaise von Chopin für Klavier.

Preise der Plätze: 3,— M. vord. Saalhälfte, 4,— M. hint. Saalhälfte. Vorverkauf bei Herrn Gust. Spiller ab Donnerstag, den 3. Nov. Für die Angehörig. der A.-K.-W. zu ermäßigt. Preis auf dem Werk.

Viel gesunder und billiger als Bohnenkaffee, geschmacklich der beste Getreidekaffee, ist:

Jungborn Kornkaffee.

Durch sein volles und herbes Aroma kommt er dem Bohnenkaffee am nächsten.

General-Vertreter:
Paul Henze, Halle a. S.,
Königstraße Telef. Nr. 1304

Empfehle für diese Woche

billiges Hammelfleisch

Paul Brecht,

Fleischermeister.

Neumarktstraße 13/14. Telephon 6749.

Reclams Universal-Bibliothek

Preis 1.50 pro Nr.

empfiehlt die

Buchhandlung der Volksstimme

Große Ulrichstraße 27.

Krawatten

sind sehr teuer geworden

Wir verkaufen

infolge unserer enorm. Läger wieder zu den bekannt

billigen Preisen!

Dauerwäsche-Vertrieb, Kleiner Berlin 2,

Eine Treppe, Eingang Stenstr.

Einzige

Heil-Solquelle

stark radiumhaltig

Solbad Fürstental

Robert-Franz-Str. 10. Telephon 2640.

Weißen eis.

Filzschuhwaren

u. bekannter Güte empfiehlt

Wilhelm Wunderlich,

31 Nikolaistraße 31 (neben Café Raber).

Daselbst werden auf Wunsch in zwei Stunden

Stiefel und Schuhe

besohlt.

Dauerhafte

Geldscheintaschen

in pa. Leder und jeder Ausführung!! sehr preiswert, und gut nur bei

Hugo Krasemann

Lederwar.-Spezialgeschäft nur Schmeerstraße 19.

Sportmützen

in allen modernen Farben preiswert bei

J. Kaliga, Gr. Klausstr. 35.

Trotz enormer Preissteigerung

biete ich Ihnen immer noch

Pa. Anzüge,

nur beste Stoffe und Verarbeitung.

eleg. Kleider u. Blusen,

Beitbezüge, weiß u. bunt.

Wäsche aller Art,

Militär-, Manchester-, gestr. u. Arbeitshosen. Schlosseranzüge usw. zu staunend billig Preisen.

Unser Schlager!

Eleg. Kostüm-Röcke

m. Falten- u. Knopfgarnitur **55. Mk.**

Trabert,

Kl. Ulrichstr. 5.

Prima Schnürsenkel

für Hausierer und Wiederverkäufer empfiehlt billigst

W. Kramer Nachf., Halle a. S., Rannischer Platz.

Beachten Sie

meine Schaufenster!

Ueberzeugen Sie sich von den eleganten Hüten

Die Preise

sagen alles!

Damen-Hüte in allen Preislagen . . . . . von **19⁷⁵** an

Herren-Zylinder werden zu chiksten Damen-Hüten umgearbeitet.

Umarbeitungen von Pelzsachen aller Art schnell und preiswert.

Hall. Hutpreß-Geschäft

A. Mentzel

Neue Promenade 14 neb. Promenaden-Café.

Vereins-Anzeiger

zur

Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei.

Beurkosverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 6900.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Großörner. Das Vergnügen der SPD. am 13. November fällt zugunsten der Landarbeiter aus. Der Landarbeiterverband feiert bei Riscwitz sein Herbstvergnügen, wozu die Genossen der SPD. herzlichst eingeladen sind. Unser Vergnügen findet später statt.

Der Vorstand.

Bezirkssekretariat des ADGB. für den Regierungsbezirk Merseburg.

Bildungsvorträge für die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften über Demokratisierung des Wirtschaftslebens finden statt:

Ort:	Tag:		Referent:
Annaburg	14. November		Müller-Halle
Delitzsch	14.	„	Sander-Eilenburg
Eilenburg	14.	„	?
Jüterbog	14.	„	Kronbügel-Jüterbog
Großenhain-Riesa	15.	„	Limanus-Merseburg
Falkenberg	15.	„	Watter-Bockwitz
Artern	16.	„	Meierepp-Halle
Herzberg	16.	„	Koch-Merseburg
Liebenwerda	17.	„	Hermann-Merseburg
Schkeuditz	17.	„	Kaiser-Halle
Eisleben	18.	„	Gröbe-Halle
Eilenburg	18.	„	Walther-Merseburg
Könnern	18.	„	Voigt-Halle
Zeitzburg	18.	„	Heinze-Halle
Muldenstein	18.	„	Limanus-Merseburg
Nebra	18.	„	Hampe-Delitzsch
Neumark-Bedra	18.	„	Prasse-Merseburg
Wittenfeld	18	„	Kaiser-Halle
Torgau	18.	„	Watter-Bockwitz
Sangerhausen	18.	„	Kiese-Aschersleben
Bockwitz	20.	„	Berliner-Merseburg
Klostermansfeld	20.	„	Hennige-Merseburg
Teuchern	20.	„	Weiske-Weißenfels
Löbejün	21.	„	Weiske-Merseburg
Trotzdorf	21.	„	Kaiser-Halle
Weißenfels	21.	„	Vogel-Halle
Zahna	21.	„	Hampe-Delitzsch
Laucha	22.	„	Hesse-Halle
Oschersleben	22.	„	Kaiser-Halle
Schkeuditz	22.	„	Berach-Leipzig
Hettstedt	23.	„	Kiese-Aschersleben
Köthen	23.	„	Seifert-Merseburg
Domnitzsch	24.	„	Sander-Eisenberg
Lemsdorf	27.	„	Müller-Halle
Hohenmölsen	30.	„	Prasse-Merseburg
Halle	?	„	Hennige-Merseburg
Wittenberg	?	„	Berkling-Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211111-13/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiterjugend. Heute abend 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Mozartheim, Weidenplan. Daran anschließend eine Würdigung des 100. Geburtstages Dostojewskis.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Betriebsräte-Vollversammlung. Am Sonntag, den 13. Nov., vorm. 9½ Uhr, findet im Volkspark eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag über „Wissenswertes aus den Versicherungsgesetzen". (Referent Arbeitersekretär Koll. Grabow). 2. Bericht von der Betriebsrätekonferenz. (Referent Koll. Freiberg). 3. Vortrag über „Rechte und Pflichten des Betriebsobmannes in Kleinbetrieben." (Referent Gewerkschaftssekretär Koll. Wielepp). 4. Betriebsrätefragen und Verschiedenes. — Da die Tagesordnung von großer Wichtigkeit ist, wird das Erscheinen sämtlicher Betriebsratsmitglieder, vor allem aber auch der Betriebsobleute aus den Kleinbetrieben, erwartet.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 11. November 1921.

Die Polizei gegen den Wucher.

Die katastrophale Entwertung der Mark hat zu einem Sturm auf Waren jeglicher Art geführt. Mancher unreelle Kaufmann nutzt die Kaufwut ganz im Sinne rücksichtsloser Wahrnehmung der Konjunktur aus, da das ja eigentlich im innersten Wesen des Kapitalismus liegt. Da meldet sich nun die Polizei. Sie will versuchen, die schlimmsten Auswüchse des Wuchers zu unterbinden und richtet folgenden Aufruf an das kaufende Publikum:

Die durch wirtschaftliche Ursachen begründete Teuerungswelle hat trotz aller bestehenden Gesetze wiederum eine bedenkliche Zunahme des Wuchers in die Erscheinung treten lassen. Es ist eine offenkundige Tatsache, daß zahlreiche Erzeuger und Händler sich die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse zunutze machen, um die Preise für ihre Erzeugnisse und Waren in ungerechtfertigter Weise zu erhöhen. Es gewinnt auch den Anschein, daß mannigfache Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage besteht, künstlich zurückgehalten werden, um sie später mit um so größerem Nutzen verkaufen zu können. Dieses gewissenlose Treiben muß zu der schon bestehenden allgemeinen Teuerung noch weitere Preissteigerungen bringen. Die Polizeibehörden sind daher durch Ministerialerlaß zu nachdrücklichster Bekämpfung des Preiswuchers und sonstiger wucherischer Machenschaften angewiesen worden. Die Strafverfolgungsbehörden streben auch mit allen Kräften danach, diesem Wucher Einhalt zu tun.

Ein Einschreiten ist aber nur möglich in den Fällen, die bekannt werden. Das breite Publikum zeigt aber wenig Neigung, diese Bestrebungen zu unterstützen und überläßt die Bekämpfung des Wuchers fast ausschließlich den Behörden. Demgegenüber muß im Interesse der Verbraucher die Forderung nach tätiger Mitarbeit jedes einzelnen unter ihnen dringend erhoben werden. Pflicht der Allgemeinheit ist es, die Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen und jeden Fall von Wucher zur Kenntnis zu bringen. Wenn sich der Konsument vor solchen Mitteilungen scheut, um nicht als Denunziant zu gelten, so schädigt er sich selbst. Unwürdige Denunziation liegt nur vor, wenn sie lediglich der Sucht entspringt, einem anderen zu schaden. Jede wahrheitsgemäße Anzeige über unlautere Machenschaften dient der Allgemeinheit. Wucheranzeigen können bei der Wucherstelle der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 73/74, aber auch auf jeder Polizeiwache, erstattet werden.

Gewiß wird man auf diese Weise manchen kleinen Wucherer fassen, aber den großen wird man erst das Handwerk legen können, wenn sich das werktätige Volk mehr Einfluß wie jetzt im Staate und im Wirtschaftsleben verschafft, nicht aber nur schimpfend beiseite steht.

Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

In der gestern im Volkspark stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde zunächst nach langer, zeitweise stürmischer Debatte zum Geschäftsführer der Kollege Spieß gewählt. Ein kommunistischer Redner erklärte, Spieß hätte sich auf ihre Veranlassung hin melden müssen und sei ihr Kandidat. Hoffentlich machen die halleschen Metallarbeiter mit diesem neuen Mußgeschäftsführer nicht ebenso schlechte Erfahrungen wie mit dem im vorigen Jahre diktatorisch verordneten Weyer.

Ferner teilte Kollege Gröbel mit, daß dem Beschluß der Kollegen nachgekommen sei und die neuen Vereinbarungen über die Löhne mit dem Ziel der Erhöhung durch Schreiben vom 5. November gekündigt worden seien. Eine Antwort der Metallindustriellen ist noch nicht eingelaufen. In Verfolg dieser neuen Lohnbewegung soll auch in der Entlohnung der Lehrlinge eine Regelung gesucht werden. Die im Lehrvertrag vielleicht vor Jahren festgelegte Entschädigung müsse durch Tarifänderung erhöht werden. Schwer sei das in den kleinen Betrieben, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören und oft ungeheure Lehrlingszüchterei treiben. Kollege Gröbel führte einen Fall an, wo ein im vierten Jahre lernender Lehrling, Vollwaise, eine Entschädigung von 8 Mark wöchentlich erhielt, an Kostgeld aber 75 Mark wöchentlich zahlen mußte. — Es wäre angebracht, zu erwägen, ob nicht eine Ueberwachung der Lehrlingsentlohnung durch Arbeitsamt oder Berufsvormundschaft einzuführen sei.

Zur Bezirkskonferenz in Wernigerode, die den Bericht des Bezirksleiters und die Wahl der Bezirkskommissionen vorzunehmen hat, wurden gewählt die Kollegen Bürger, Lüttich und Schneidewind.

Sonderveranstaltungen des Gewerkschaftskartells. Nach der beifälligen Aufnahme der ersten Vorstellung, die das Gewerkschaftskartell im Stadttheater veranstaltete, sollen diese Veranstaltungen fortgesetzt werden. Am Dienstag, den 22. November, gelangt im Stadttheater zur Aufführung das Lustspiel „Im weißen Röss'l. Diese Aufführung wird am Freitag, den 25. November, wiederholt. Eintrittskarten zu diesen beiden Vorstellungen können am Montag, den 14. November, nachmittags von 4—6 Uhr und die folgenden Tage im Arbeitersekretariat, Harz 42/43, entnommen werden. Preise der Plätze: Sessel, Sperrsitz, 1. Platz, 1. Ring vordere Reihen Mk. 7,50, 2. Platz, 1. Ring hintere Reihen, 2. Ring vordere Reihen Mk. 5.—, 2. Ring hintere Reihen, 3. Ring Mk. 3.50. Die Betriebe werden ersucht, Kartenbestellungen (getrennt für beide Aufführungen) auf Listen zu sammeln und die bestellten Karten dann abholen zu lassen. — Einen Goetheabend veranstaltet das Gewerkschaftskartell am Bußtag (16. November, abends 7 Uhr) im Saal der U.-T.-Lichtspiele (Astoria), Alte Promenade — an der Kleinen Ulrichstraße —. An dieser Veranstaltung werden namhafte Künstler des Stadttheaters mitwirken, die Werke von Goethe als Rezitation oder Gesang zum Vortrag bringen. Das Gewerkschaftskartell ersucht die Gewerkschaftsmitglieder um Unterstützung durch Abnahme von Eintrittskarten. Für den Preis von Mk. 4.—, den jede Eintrittskarte kostet, wird ein künstlerischer Abend gewährleistet. Diese Eintrittskarten sind ebenfalls ab Montag, den 14. November, nachmittags von 4—6 Uhr im Arbeitersekretariat zu haben.

Prüfungsamt für Kurzschrift. Wie die Handelskammer in Halle (Saale) bekannt gibt, findet die nächste Prüfung für Stenographie aller Systeme am Sonntag, den 27. November d. J., vorm. 9 Uhr, im Geschäftsgebäude der Handelskammer zu Halle (Saale), Franckestr. 5, statt. Anmeldungen werden bis Mittwoch, den 23. November, angenommen. Prüfungsordnung und Anmeldebogen werden gegen Voreinsendung von Mk. 1.— vom Büro der Handelskammer verabfolgt.

Stadttheater. Heute, Freitag abend 7½ Uhr, gelangt zum Gedächtnis für Ludwig Thoma das Volksstück „Magdalena" zur Aufführung. Sonnabend Gastspiel Kammersänger Eduard Habich von der Berliner Staatsoper „Der Barbier von Sevilla". Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Zwangseinquartierung", Schwank von Arnold und Bach; Sonntag abend zum ersten Male „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara), Singspiel von Vincenzo Martin. Beschäftigt sind: Maria Günzel-Dworski, Hilde Voß, Anna Enghardt, Sigmund Matuszewski, Heinrich Teßmer, Willi Sonnen, August Roesler, Cornelius Barck. Inszenierung und Spielleitung: Leopold Sachse; musikalische Leitung: Oskar Braun. Montag „Das Rheingold" mit Kammersänger Eduard Habich als Alberich.

Thaliatheater. Im Thaliatheater gelangt am Sonntag abend 7½ Uhr das Lustspiel „Im weißen Röss'l" zur Aufführung. Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters.

Freie Volksbühne Halle. Thaliatheater. College Crampton. Spieltage: F: Sonnabend, 12., G: Montag, 14., H: Mittwoch, 16., J: Montag, 21., K: Mittwoch, 23., L: Sonnabend, 26., M: Montag, 28., N: Mittwoch, 30. November.

Violinkonzert von Philipp Braun-Plendl. Dieser Geigenvirtuos, ein vornehmer gediegener Künstler, in dessen edlem, singenden Tone sich seine Seele widerspiegelt, gibt am Freitag, den 11. November, in der Türmerloge ein Konzert. Am Bechstein-Flügel: Prof. Max Niebauer. Karten bei Reinhold Koch, Alte Promenade 1a.

Vortrag über Okkultismus. Am Mittwoch, den 16. November, wird Dr. Karl Höcker im Saal der Loge zu den 3 Degen auf Einladung „Die Burg" populär-wissenschaftlich über das Thema „Okkultismus, Spiritismus und Wissenschaft" (mit erläuternden Demonstrationen) sprechen. Näheres siehe im gestrigen Inserat.

„Neue deutsche Malerei". Die Ausstellung in der Kunstgewerbeschule wird am 15. November beendet. Auf vielseitigen Wunsch werden wieder Führungen stattfinden, die am Sonnabend nachmittag 3 Uhr Herr Maler Hoff übernimmt, während sie am Sonntag vormittag 11½ Uhr und nachmittag 3 Uhr wahrscheinlich von Berliner Kunsthistorikern übernommen werden wird.

Im Künstlerverein auf dem Pflug werden am Sonnabend, den 12. November Dialekt-Dichtungen vorgetragen werden.

Provinz und Umgegend.

Redner-Kursus.

Wir weisen wieder auf den am Sonntag, den 13. November, in Kahls Restaurant, Halle, Königstraße 4, stattfindenden Rednerkursus hin. Es ist durchaus notwendig, daß die Parteigenossen, die daran teilnehmen, jeden Sonntag anwesend sind. Sie haben mit ihrer Meldung eine Verpflichtung nicht nur gegen sich selbst, sondern auch gegenüber der Partei. Solch schwacher Besuch wie das letzte Mal darf nicht wieder zu verzeichnen sein.

Revolutionsfeier in Eisleben.

Den großen Tag, da vor drei Jahren der Stern der Revolution jäh leuchtend am politischen Firmament erblitzte, beging die S. P. D. im Volkshaus in ernst-würdiger Weise. Ein reich-buntes Gewand dekorativer Art, bei allem farbenfreudigen Geschick einfach und stimmungsrein abgetönt, schmückte die Feier. Ein abwechslungsreiches Programm erquickte die dicht gefüllte Festversammlung. Mit den begeisternden Klängen der „Vorwärts"-Ouvertüre und weiter der einleitenden Musik aus dem „Kalif von Bagdad" führte Genosse Gloger in den Stimmungsbereich des Abends ein. Ein Prolog des Genossen Wünsch und nachfolgende Deklamationen wie „Die Schlacht am Birkenbaum", „Republik" und „Wir Jungen wollen rote Fahnen tragen", sowie Musikeinlagen boten einen sinnigen Rahmen zu der Rede des Landtagsabgeordneten Genossen Reinhold Drescher-Halle. Der Vorsitzende des Ortsvereins Gen. Elsner gab in seiner Begrüßung dem Wunsche einer erinnerungsreichen Stunde Ausdruck. Gen. Drescher schuf mit eindringlichen, warmen begeisternden Worten ein eindruckstiefes Gemälde der Vergangenheit unseres Parteilebens seit dem Anbruch der Revolution, hob das stete unerläßliche Wirken hervor und sprach am Schlusse von der starken Hoffnungsberechtigung auf ein neues, besseres Werden, das kommen muß! Voll Jugendlichkeit und bezaubernder Frische tanzte unsere neugegründete Ortsgruppe der Arbeiterjugend erquickende Volkstänze. Mit Worten des Dankes und lebhafter Befriedigung konnte Gen. Hendrich den Abend beendigt erklären, ihn im gewaltigen Sozialistenmarsch erklingen lassend.

*

Die Eisleber Schutzpolizei

hatte am 9. November die erhöhte Bereitschaft. Das bedeutet nicht etwa, als hätte der Tag in seinem abendlichen Verlauf irgendwelche „Möglichkeiten" offen gelassen. Das wußten natürlich die Herren „Offiziere" der Schutzpolizei ebenso. Es ist nach unserem Dafürhalten für diese erhöhte Bereitschaft lediglich der „kühne, geniale" Gedanke maßgebend gewesen, den Beamten die Teilnahme an der Revolutionsfeier unmöglich zu machen. Dafür zeugt der nächste Artikel von einem, gelinde gesagt, aufsehenerregenden Vorgang, will man das Wort Skandal nicht ansetzen.

*

Und wenn die Welt voll Teufel wär!

Auf dem Marktplatz in Eisleben steht das macht- und eindrucksvolle Standbild Luthers, dessen Geburtstag am gestrigen 10. November war. Während in den Jahren vor dem Kriege die Kinder der Volksschulen in den naßkalten Novembertagen nach

Kleines Feuilleton.

Novemberlaub.

Auf stöhnender Kiefer fiedelt der Sturm
Heulende, düstre Balladen;
Es schnarbt sein Odem — nebelfeucht
Von nordischen Seegestaden.

So trübe der Himmel — als wär's schon spät.
Die Wolken pilgern traurig;
Im Strudel taumelt verkommenes Laub
Um Baumgerippe so schaurig.

Ein letztes Blättchen, dem Dornenstrauch
Fröstelt — in starrendem Weh . . .
O mach ein Ende, Novembersturm!
Deck zu, du wogender Schnee!

Bruno Wille.

Dostojewski.

Zu seinem 100. Geburtstage (11. November 1921.).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die große französische Epik, von Voltaire über Balzac, Stendhal, Flaubert, Zola, Maupassant zu Anatole France, Europa mit ihrer gewaltigen Psychologenkunst beherrschte, traten als Gegenpol die russischen Romanciers überraschend neu und mit dem nur östlichen dämonischen Blick in die westliche Welt: Lermontow, Gogol, Gontscharow, Turgenjew. Am russischsten aber Tolstoi und Fjodor Michailowitsch Dostojewski, welche beide Thomas Mann mit feinfühliger Analyse als Gegenseiten der deutschen Dioskuren, Goethe und Schiller, bezeichnet. Tolstoi trotz aller Tendenz als der Objektive, der Schauende, Dostojewski als der Visionäre, der Durchdringende zu dem ethischen Kern.

Diese neue russische Epik, die mit der westlichen Romanliteratur nur die Formgebung gemeinsam hat, ist in ihrem übrigen Wesen der europäischen ganz entgegengesetzt. Ihre Einstellung zum Leben, zur Kunst zeigte sie in einem bisher nicht bekannten Asiatentum, in Religiosität im volkhaften Einzewurzeltsein, im Steigern des Psychologischen zum Ethischen, in einer schwer zu erfassenden Metaphysik. Dostojewski hat dann dies alles zusammen in seinem Werk, was bei anderen russischen Schriftstellern, die mehr oder weniger von Europa angefressen, nur Teilstück war. Und nur zu verständlich ist jetzt sein slawophiler Haß gegen den Westen, seine Abneigung gegen die von dorther kommende Zivilisation.

Er gehört zu den Menschen der Geistesgeschichte, die in einer unheimlichen Wolke von Tragik stehen. Die größte Zeit seines Lebens war er einsam. Erst als Ingenieur, dann als eben erst bekannter junger Schriftsteller, wird er in einer Versammlung des Petraschewskiischen Sozialistenbundes, wo er Bielinskiis Brief gegen Gogol, der von der Sache der Freiheit desertiert war, vorliest, verhaftet. Am Galgenmorgen wird er plötzlich begnadigt und kommt nach Sibirien. Die „Memoiren aus einem Totenhaus" sind Zeugnisse dieser Zeit, wo er zusammenbricht, nach Knutenhieben epileptisch wird und erst 1859 bei der Thronbesteigung des neuen Zaren nach Rußland, zuerst nach Twer, dann nach Petersburg zurückkehren kann. Er beteiligt sich an Zeitschriften und schreibt an seinen Romanen. Die materielle Not, die körperliche Unzulänglichkeit sind stets seine Begleiter. Der abgemüdete Körper zwingt ihn, oft tagelang apathisch ohne Kraft zu einem Gedanken zu leben. Alle die so tragikomischen Spielarten des Leids bleiben ihm nicht erspart, und als er mit seiner zweiten Frau nach Deutschland reist, um seinen Schulden zu entgehen, bergt er sich in Wiesbaden dem Spielteufel. Hier mag ihn auch Georg Brandes gesehen haben, der an Nietzsche eine charaktertiefe Beschreibung dieses sarmatischen Märtyrers schickt: „Halbwegs ein russisches Bauerngesicht, halbwegs eine Verbrecherphysiognomie, flache Nase, kleine durchbohrende Augen unter Lidern, die vor Nervosität zittern, diese Stirne groß und durchgeformt, den ausdrucksvollen Mund ... Ein epileptisches Genie, dessen Aeußeres schon spricht von dem Strom der Milde, der sein Gemüt erfüllte, von der Welle eines fast wahnsinnigen Scharfsinnes, der ihm zu Kopie stieg." Aber in allen diesen Erniedrigungen, in diesem körperlichen Geliefertsein schrieb er wie ein Gehetzter die Reihe seiner gewaltigen Romane. In Rußland zuerst „Die Erniedrigten und Gekränkten", dann „Verbrechen und Strafe", in Deutschland als „Raskolnikow" bekannt, die Geschichte des Studenten Rodion Raskolnikoff, der eine Frau tötet, um sich jenseits von Gut und Böse zu stellen und der doch schließlich die Passion einer lebenden Kreatur geben muß. Andere Romane „Der Idiot", die erschütternde Darstellung eines als blöde Bezeichneten, der ein zweiter Heiland, ein echt russisch-kindlicher Märtyrer ist, „Der ewige Mann", „Teufel", „Der Sprößling" folgen. Vorher in Deutschland war „Der Spieler" zugleich als eine Beichte geschrieben worden. Im Jahre vor seinem Tode, er starb am 11. Februar 1881, schreibt er den zweiten Band seines letzten Romanes „Die Brüder Karamasoff" und beendigt sein Lebenswerk mit einem der größten Romanepen der Weltliteratur. Der Tote wird schließlich von den Russen, seinen Russen, wie ein Heiliger begraben.

Erst später erkannte Europa die Bedeutung dieser Romane, die immer in eine unbeabsichtigte Ethik münden, die keine europäische Ethik ist. Man erkannte erst nach und nach, daß in diesen Romanen zwar keine artistische, wohl aber eine menschliche Vollendung blühte. Der Ausgangspunkt ist ein Realismus, aber mit fieberhaftem Herzen steigt der Dichter in die tiefsten Schlünde, allen anderen unergründlich, des Lebens und der Seele hinab. Er allein weiß von allen Flüchen, Verzweiflungen und Verbrechen. Er ist nie moralisch, aber er sucht Gott und den Menschen. Und er nimmt den Menschen und läßt ihn jenseits aller theologischen Armseligkeit und Verantwortungslosigkeit die Erlösung suchen. Die Hilfe aus Not, Leidenschaften und Schmerzen kommt nur aus dem Menschen, das Ringen und der Weg zur Wahrhaftigkeit kann nur durch den Menschen gehen. Nur mit diesen Maximen ist Dostojewski ein religiöser Dichter, eine von menschlicher Seelenkraft durchdrungene Glaubensgestalt, die einen der Karamasoffs diese Worte sagen läßt: „Mag ich verflucht sein, mag ich niedrig und gemein sein, doch laßt auch mich den Saum jenes Gewandes küssen, in das sich mein Herr hüllt, mag ich auch zur selben Zeit dem Teufel folgen, so bin ich doch dein Sohn, Herr, und liebe dich und fühle eine Freude, ohne die die Welt nicht stehen und nicht sein könnte."

Otto Brattskowen.

Sepp Summer-Abend.

Vor einem erschreckend kleinen Publikum goß gestern abend Sepp Summer das Füllhorn seiner reichhaltigen Gaben aus. Es ist jetzt schon mehrfach mit inniger Freude neuentdeckt und ausgegraben worden, wieviel Tiefe und Klangfreudigkeit das beseelte Spiel auf der Laute in sich birgt. Der leise, melancholische Unterton schmeichelt dem sentimentalen Deutschen. Und nicht zu Unrecht. Auch dieser Abend brachte ein reichhaltiges, buntes Programm und sang bald mittelalterlichen, tragischen Minnedienst, bald freudig hüpfende Kärtner Weisen.

Sepp Summer schöpfte aus dem Vollen. Er entlockte seinem Instrument die tragischsten Lieder und Klangmalereien, wie bei „Valecarissima" und einer „Wiener Ballade". Launig und neckisch sprudelten „Der Schmetterling" und „Das Kätzchen" (Text: Karl Busse) daher und riefen das Entzücken der Zuhörer vor. Andere Weisen waren aus dem Schatze des alten Volksliedes gegraben und wirkten durch ihre melodische Schlichtheit. Wiederholt mußte sich der umjubelte Künstler zu Zugaben verstehen. Der Abend war ein Gesundbrunnen, aus dem nicht nur eine kleine Zahl von Anhängern des Lautenspiels, sondern Tausende schöpfen sollten.

H-e.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211111-13/fragment/page=0005

ewigem warten und kalten Füßen sich zu einem Straßenumzug nach dem Markt in Bewegung setzten — die höheren Schulen schlossen sich dabei aus „Pietätsgefühl" aus — und dort den großen Mann feierten. Gestern war es anders, da zogen die Kinder direkt nach dem Denkmal, gleich von den Schulen aus, und diesmal waren alle Schulen, soweit evangelisch, vertreten. Wir registrieren diese Tatsache, die sich im Gegensatz zur Vorkriegszeit anders gestaltete. Wir verwahren uns gegen den Vorwurf, als wollten wir die Pietät verletzen — es war aber doch mindestens auffallend, daß in früheren Jahren dabei die höheren Schulen fehlten. Doch nun zur Sache selbst: Am gestrigen Abend fand ein von den bürgerlichen Jugendgruppen und höheren Schülern veranstalteter Fackelzug statt. Er galt dem Manne, der auf dem Denkmal auf dem Markt in trotziger Haltung steht, seine Bibel ans Herz drückt und mit der Rechten die päpstliche Bannbulle zerknüllt. Dieser Fackelzug wurde eröffnet von drei berittenen Schupobeamten, eine ziemliche Anzahl Schupos befand sich im Fackelzug selbst — hatte man doch die Teilnahme daran freigestellt! Am Denkmal selbst hielt der deutschnationale Parteisekretär Kurt Dietz eine Rede, bei deren Länge schon ein Teil der Fackeln ausbrannte. Welche Gedanken mögen dem gekommen sein, der rein objektiv dieses Schauspiel mit beobachtete. Der Dichter des Liedes „Und wenn die Welt voll Teufel wär" mußte sich eine Huldigung unter berittener, bewaffneter Macht gefallen lassen! Und als dann die noch brennenden Fackeln am Schlußpunkt mit „kühnem" Bogen durch die Luft geschleudert worden, wären beinahe, wie uns ein einwandfreier Augenzeuge berichtete, einem Mädchen die Haare verbrannt. Ob Fürwitzigkeit ist die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß die Schutzpolizei bei einer auf dieser oder jener Seite vorlag, sei dahingestellt. — Jedenfalls Demonstration fördernd half, die den Eindruck einer ziemlich sichtbaren deutschnationalen Mache offenbarte. Der auffällige Gegensatz im Verhalten der leitenden Beamten der Schutzpolizei gegenüber dem 9. und 10. November — das fühlt man mit der Krücke — sollte den maßgebenden Behörden zu denken geben. Der republikanische Gedanke wird dort erstickt, der deutschnationale unter der Maske einer Lutherfeier gefördert!

Die bürgerliche Presse in Eisleben

sprudelte am 9. November gegen die Republik, daß es nur so hagelte. Im „Tageblatt" kam der schon erwähnte Kurt Dietz zu Wort, in der „Eisleber Zeitung" sogar General Graf v. d. Goltz. In beiden Artikeln wird die Zeitgeschichte Kopf gestellt und dieses Mischfutter wird Arbeitern zum Verdauen angeboten und was das bedauerlichste ist, auch angenommen!

Vogel-Strauß-Politik.

Unter dieser geradezu vernichtenden niederschmetternden Ueberschrift, die aus dem Repertoire des verflossenen Josef Schneider entnommen ist, wendet sich der unabhängige Sozialist und Stadtverordnete Glaubrecht-Eisleben gegen unseren Genossen Strauß im dortigen Stadtparlament. Die Ursache zu dem Glaubrechtschen Artikel, der am Dienstag in „seiner" „Mansfelder Volkszeitung" erschienen war, bildete die von uns gegebene Skizze der in Glaubrecht personifizierten Politik. Wenn wir dabei den Namen Glaubrecht erwähnen mußten, so geschah solches nicht aus persönlichen Gründen. Eine Politik zu kritisieren, die eng verbunden mit einem Namen und Manne ist, der unter den Unabhängigen allerdings immer noch der ehrlichste ist, hat eben zur Vorbedingung die Nennung des Namens selbst. Glaubrecht will sehr oft der Sache dienen, ist dabei aber in der Anwendung der Mittel impulsiv und hat des öfteren erleben müssen, daß ihm eine Korrektur widerfuhr, die nicht von Pappe war. Von diesem Gesichtswinkel besonders betrachteten wir die zur Kritik stehenden Vorgänge. Wir hatten dabei die Form der „Jagdhiebe" gewählt, was zur Folge hatte, daß sich Genosse Hermann Glaubrecht in der Wahl seiner Mittel bei der Entgegnung wieder stark vergriffen hat. Sein injurienreicher, mit seinem Namen gedeckter Bericht strotzt so von Entstellungen, ja von so einwandfreiem Schwindel, daß einem die Haare zu Berge stehen. Er kann es sich auch diesmal nicht versagen, „Freundlichkeiten" in überreichem Maße auszuteilen. Wir können nun leider nicht den Lockungen folgen, die er auf seiner Schalmei bläst, dazu muß er sich schon die Schafe in seinen eigenen Reihen suchen. Wenn er aber behauptet, wir hätten das Benehmen von Wüstlingen gut geheißen, so ist das eine Unterstellung, die Hermann Glaubrecht nicht verantworten kann. Hermann, Hermann, laß uns in der Bewertung deiner politischen Fähigkeiten nicht auf andere Gedanken kommen.

Noch ein anderes Wort! Während die „Mansfelder Volkszeitung", als der sich nur um wenig gegenüber der „Hallischen Volkszeitung" abhebende Ableger darin gefällt, mit spitzen Waffen gegen den Andersdenkenden zu kämpfen, verlangt sie von uns die Anwendung von Papp-Attrappen. Mit solchen naiven Argumenten zu jonglieren mag ihr ruhig überlassen bleiben. Wenn wir es für notwendig erachten, kreuzen wir die Klingen in frisch-fröhlichem Kampfe. Die Personen als solche geben uns dabei nichts an, notwendige Erwähnung solcher ist aber oftmals bedingt, soll die Skizzierung treffend erfolgen. Im übrigen glauben wir kaum, daß wir in punkto Gehässigkeit uns auch nur annähernd mit der „Mansfelder Volkszeitung" messen können. Das festzustellen, dürfte nicht ohne Bedeutung sein.

Eisleben. Fahren mit Handwagen. Die Polizeiverwaltung schreibt uns: Kinder und Erwachsene haben in letzter Zeit sich auf abschüssigen Straßen auf Handwagen oder Karren gesetzt und die Deichsel mit den Beinen geleitet oder die Wagen überhaupt frei laufen gelassen. Es entsteht dadurch eine erhebliche Gefährdung der Fahrenden wie auch des Publikums. Da Unfälle dadurch entstanden sind, ist vor dieser Art Fahrens also dringend zu warnen. Es ist übrigens auch polizeilich strafbar.

Leimbach. Stadtverordnetensitzung. Der Hauptetat für 1921/22 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 530 000 Mark ab und wird auf diesen Betrag festgesetzt. Zur Deckung der im Etat vorgesehenen Ausgaben wird beschlossen, außer der erhöhten Gewerbesteuer noch 3000 Proz. Zuschläge zur Grundsteuer, 800 Proz. Zuschläge zur Gebäudesteuer, 1000 Proz. Zuschläge zur Gewerbesteuer einschließlich 550 Proz. zur Kreissteuer zu erheben.

Sangerhausen. Eine wohlgelungene Revolutionsfeier. Die von den Genossen des Ortsvereins Sangerhausen am Mittwoch, den 9. November, im Saale des Preußischen Hofes veranstaltete Revolutionsfeier war stark besucht. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Troll führte in seiner wirkungsvollen Festrede aus, daß die Revolution aus dem tiefsten Empfinden der Mehrheit des Volkes heraus gekommen und dieser Tag ein Recht darauf hätte, für das gesamte werktätige Volk als Feiertag erster Ordnung zu gelten. Was in Thüringen möglich, muß auch in Provinzen möglich gemacht werden. Mit den musikalischen sowie gesanglichen und humoristischen Vorträgen wurde unseren Genossen und den Gästen das Beste geboten. Es würde zu weit führen, hier alles zu besprechen, aber soviel steht fest, daß alle mitwirkenden Kräfte ohne Ausnahme in uneigennütziger Weise die besten Leistungen darboten, um die Feier in jeder Hinsicht vollkommen zu gestalten, und wie zu sehen war, hat sie allen, die daran teilgenommen, frohe und gemütliche Stunden bereitet. Die Veranstaltung bedeutete einen vollen Erfolg unseres Ortsvereins und danken wir herzlichst allen Mitwirkenden für die schönen dargebotenen Leistungen.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Weißenfels. Revolutionsfeier der SPD. Die Feier des 9. November wurde auch hier in einer würdigen Form vorgenommen. Das Programm dieses Abends muß als sehr gut gelungen bezeichnet werden. Gen. Keidel wies mit einer wirkungsvollen Festrede auf die Bedeutung des Tages hin. Der Weißenfelser Volkschor brachte unter der persönlichen Leitung des Herrn Musikdirektors Thiede die prächtigen Hymnen an die Freiheit „Empor zum Licht" und „Tord Foleson" zum Vortrag. Die Jugendgenossinnen Pohl ernteten für ihre rezitatorischen und gesanglichen Darbietungen wohlverdienten Beifall. Nicht vergessen werden darf die Arbeiterjugend, die unter Führung des Gen. Wort-Halle wesentlich zum guten Gelingen des Festes beitrug.

Weißenfels. Bildungsausschuß. Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Stadttheater, Zimmer 5, eine Sitzung statt, die sich mit der Grundlegung des Arbeitsplanes für die kommende Woche befassen soll. Pünktliches Erscheinen ist notwendig. Dem Bildungsausschuß gehören folgende Genossen und Genossinnen an: Lehrer Wode, Studienrat Weisinger, Rektor Semlow, Hüttenrauch, Thronicker, Lehmann, Dr. Oerlinger und Frl. Menges.

Weißenfels. Wie gründen wir Bauhütten? Die Vorstände des Bauarbeiter- und Zimmerverbandes haben für Freitag, den 11. November, abends 5 Uhr, nach Arbeitsschluß im Saale des Schumannschen Gartens eine öffentliche Versammlung, in der Dr. Wagner vom Verband sozialer Baubetriebe, Berlin, über die Gründung der Bauhütten sprechen wird, einberufen. Zu dieser Versammlung sind auch die Privatunternehmer eingeladen, wie auch der Magistrat, Baugenossenschaften usw.

Zeitz. Revolutionsfeier. Wenn auch in kleinem Kreise, so doch in würdiger Weise feierte unser kleiner Ortsverein seinen Revolutionstag. Zu einer gemeinsamen Feier aller drei sozialistischen Parteien war es nicht gekommen, denn, wenn der „Volksbote" auf der einen Seite von Einigkeit redet, so läßt er auf der andern Seite kein gutes Haar an unserer Partei, man kann schreiben rechts, man kann schreiben links. Es ging aber auch so. Genosse Stadtrat Schulze hielt die Festansprache, in der er besonders auf die „gute, alte wilhelminische Zeit" einging. Gesangsvorträge, Rezitationen, musikalische Vorträge usw. füllten den Abend aus. Eine Tellersammlung ergab 101,25 Mark.

Bitterfeld—Delitzsch.

Zörbig. Stadtverordnetensitzung. Flotte Arbeit wurde am Dienstag im Stadtparlament geleistet. Von der sechs Punkte umfassenden Tagesordnung betrafen drei Gehaltserhöhungen. Stadtv. Eckert bemängelte die sich in jedem einzelnen Falle wiederholende Verschleppung von Anträgen auf Gehaltserhöhung durch den Magistrat. Die Versammlung schloß sich dieser Rüge an, zumal festgestellt wurde, daß Gehaltserhöhungsanträge, die bereits im August d. J. die Finanzkommission der Stadtverordnetenversammlung passiert haben, erst heute, z. T. sogar auch heute noch nicht einmal dem Plenum vorgelegt wurden; die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze sind daher durch die Teuerung schon wieder längst überholt. Im übrigen wurden die Anträge debattelos angenommen. Es werden somit bewilligt der Gemeindeschwester, die daneben freie Wohnung, Heizung, Licht, Wäsche und Nebeneinnahmen bezieht, vom 1. Juli d. J. ab monatlich 300 Mark, den Lehrern an der gewerblichen Fortbildungsschule vom gleichen Zeitpunkte ab ein Stundenhonorar von 10 statt 8 Mark und dem Friedhofsaufseher erhebliche Erhöhungen seiner einzelnen Gebührensätze mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab. Bei letzterer Bewilligung wurde ausdrücklich die Forderung an den Magistrat gerichtet, derartige Gesuche in Zukunft mit größerer Beschleunigung an die Stadtverordnetenversammlung gelangen zu lassen. — Nach Entgegennahme zweier Kassenrevisionsprotokolle fand nach knapp einstündiger Dauer die Sitzung mit der Neuwahl zweier Armenpfleger ihr Ende. An Stelle des verstorbenen Armenpflegers des 10. Bezirks (Kl. Kitter- und Bismarckstr.) Curuh wurde der Maurer Franz Hetzger, Bismarckstr. und an Stelle des Schmiedemeisters August Henze, der wegen hohen Alters und zunehmender Schwerhörigkeit um Abnahme des Amtes gebeten hatte, für den Bezirk Egypten und am Schlosse der Gastwirt Wilhelm Schmidt (zum gold. Löwen) gewählt.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Herzberg. Die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft. Die Arbeiter der hiesigen Metallwarenfabrik, Inhaber Marx, haben einmütig die Arbeit niedergelegt. Seit längerer Zeit stehen sie wegen einer Lohnerhöhung mit der Firma in Unterhandlung. Gefordert wurden als Stundenlohn für Facharbeiter 5,80 Mark, für angelernte Arbeiter 5,60 Mark. Bei Akkordarbeit soll 20 Prozent verdient werden. Bei den Verhandlungen zwischen den Organisationen kam der Industriellenverband dieser Forderung bei weitem nicht nach. Er bewilligte für Facharbeiter 5 Mark, für angelernte Arbeiter 4,60 Mark pro Stunde. Dies lehnten die Arbeiter ab und wandten sich am 4. 10. 1921 an den Schlichtungsausschuß in Torgau. Dort hat man anscheinend, da die Sache nur Arbeiter betrifft, noch keine Zeit, sich um solche „Kleinigkeiten" zu kümmern, denn bis heute ist noch kein Verhandlungstermin angesetzt worden. Um diese Angelegenheit zu klären, sollte am 7. November im Speisesaal der Fabrik eine Besprechung stattfinden. Herr Marx verweigerte die Hergabe des Schlüssels mit der Begründung, dort lagerten Kartoffeln. Damit waren die Arbeiter gezwungen, trotz Regen und Kälte auf dem Fabrikhofe eine Versammlung abzuhalten, in der sofortige Erfüllung der gestellten Forderung und ein Teuerungszuschlag von 2 Mark pro Stunde gefordert wurde. Herr Marx erklärte bei der Verhandlung, stolz wie ein Spanier, sich auf nichts einzulassen, sondern lieber den Betrieb zu schließen und in die Kohlengrube zu gehen. Der Herr scheint zu glauben, er befindet sich noch in der Kriegszeit, wo jeder Landwirt reklamiert wurde, um bei ihm für einen Hundelohn Granaten zu drehen. Das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft wird ihn aber eines Besseren belehren. Die Arbeiter sind sogar bereit, ihm gratis die Ausstattung als Bergarbeiter zu beschaffen, damit er wenigstens 1 Paar ordentliche Trittchen bekommt. Vielleicht entdeckt er dann recht bald, daß der verdiente Lohn nicht ausreicht, um eine Villa und eine Jagd zu halten und ist bei späteren Lohnforderungen imstande, die Lage der Arbeiter richtig zu beurteilen. Wie nobel die Firma ist, ergibt sich aus Folgendem: Rittergutsbesitzer Junge, Freiwalde, liefert Kartoffeln für die Arbeiter der Fabrik, nicht für den Besitzer, von dem er angeblich im Vorjahre beim gleichen Geschäft zu „ehrlich" behandelt wurde. Die Arbeiter verlangen jetzt die Verteilung der Kartoffeln; es sollen etwa 1000 Zentner angefahren sein, doch Herr Marx verweigert die Verteilung mit der Begründung, erst müsse der Schiedsspruch erfolgt sein. Da anscheinend der Schlichtungsausschuß mit Eilzugsgeschwindigkeit arbeitet und vielleicht schon Ostern einen Spruch fällt, können die Arbeiter ja so lange hungern, wenn bis dahin die Kartoffeln nicht verschwunden sind. Ihr Arbeiter aber, lernt daraus, daß euch nur ein fester politischer und gewerkschaftlicher Zusammenschluß gegen derartige Ausbeuter schützen kann. Stützt eure gewerkschaftlichen Organisationen. Organisiert euch parteipolitisch in der SPD. Werdet Leser der „Volksstimme".

Herzberg. Aus dem Parteileben. Am 2. November fand hier eine öffentliche Versammlung der S. P. D. statt, in welcher der Genosse Dietrich-Falkenberg den Bericht über den Görlitzer Parteitag erstattete. In 1½stündiger Rede erläuterte er die Görlitzer Beschlüsse in klarer und faßlicher Weise. In der regen Aussprache wurde bezweifelt, daß das Zusammengehen mit der D. V. P. für unsere Partei vorteilhaft sei. Weiter wurde die Gründung eines Mieterschutzvereins beschlossen, um gegen die immer größer werdenden Ansprüche unserer Herren Hausagrarier Stellung zu nehmen. Eine Kommission wurde mit den Vorarbeiten beauftragt. Stahlhelm, D. N. Jugendbund, Ev. Jünglings- und Jungfrauenvereine machen sich hier immer breiter. Um hiergegen ein Gegengewicht zu schaffen, wurde die Gründung eines sozialdemokratischen Jugendvereins beschlossen. Mehrere Genossen sind bereit, die nötigen Vorarbeiten auszuführen, nachdem Genosse Dietrich jede mögliche Hilfe zusagte. Der Erfolg der Versammlung waren 7 Neuaufnahmen, davon 4 weibliche Mitglieder. Hoffentlich geht es auch in unserem schwarzen Winkel endlich vorwärts.

Aus aller Welt.

Ein irrsinniger Frauenarzt.

Vor dem Schwurgericht in Potsdam hat ein Prozeß gegen den 58jährigen praktischen Arzt Dr. med. Karl Steußloff und gegen die 46jährige Kartenlegerin Frau Berta Möwes, beide aus Rathenow zu Aufdeckungen von Zuständen geführt, bei deren Schilderungen den Zuhörern die Haare zu Berge stehen konnten. Man fragt sich, wie es möglich sein konnte, daß die zuständige Medizinalbehörde auf die Praxis des Angeklagten nicht längst aufmerksam geworden war. Der angeklagte Arzt Dr. Steußloff war 1914 nach Rathenow gekommen und wurde bald darauf mit der Mitangeklagten Möwes bekannt. Die M. war weit und breit als Kartenlegerin bekannt und besprach Blutrosekrankungen. Ihr Haus in der Großen Baustraße zu Rathenow glich manchmal einem Hotel. Mit Droschken und Kutschen kamen die Patientinnen vorgefahren, um dort auf Tage und Wochen zu verschwinden. Die kleinen Fälle machte die Möwes, die großen Dr. Steußloff. In demselben Zimmer, in dem die Kurpfuscherin offene Beinkrankheiten und Rosefälle besprach, machte er, Steußloff, operative Eingriffe an Frauen und Mädchen. In einem Zimmer, in dem die Kartenlegerinnenpraxis ausgeübt wurde, wurden auch Narkosen vorgenommen. Oft schrien die an hohem Fieber erkrankten Patientinnen um Hilfe. Irgendeine Zimmernachbarin hielt dann die Rat und Hilfe suchenden Frauen an den Beinen fest, die Kurpfuscherin Möwes gab Narkosen und Steußloff operierte drauflos. Frühgeburten von fünf und sieben Monaten blieben dann oft tagelang in der Behausung liegen oder die Möwes wickelte sie in Zeitungspapier und warf sie auf den Hof. Hier mußten die Patientinnen oder der Ehemann die Pakete vergraben. Dr. Steußloff forderte 300 bis 600 Mark für einen Eingriff. Im Operationszimmer Dr. Steußloffs waren haarsträubende Zustände eingerissen. Patientinnen mit 40 Grad Fieber und schweren Infektionen schickte Dr. Steußloff seelenruhig nach Hause. Ein Opfer wurde sterbend auf der Straße angetroffen. Zwischendurch bekam dieser Arzt, der an Lues erkrankt war, öfter Tobsuchtsanfälle. Zuweilen mußte die Operation unterbrochen werden und mit hohem Fieber ließ der Angeklagte die jungen Mädchen laufen. Dieser Patientinnenaustausch zwischen dem Arzt und der Kartenlegerin nahm derartige skandalöse Formen an, daß man schließlich Dr. Steußloff verhaftete. Sechs Wochen blieb er in Haft, dann wurde er wieder entlassen. Das Treiben begann von neuem. Es ging solange, bis wieder eine Patientin in der Wohnung des Arztes elend umkam. Ohne jede Assistenz führte der Angeklagte eine Frühgeburt herbei. Während der Operation gab die Patientin nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Der Bräutigam dieses Opfers, der im Nebenzimmer wartete, bat den Arzt himmelhoch, noch einen Arzt hinzuzuziehen. Steußloff lehnte es ab und meinte, das Mädchen müsse ja doch sterben. Nach den Gutachten der medizinischen Sachverständigen hat der Angeklagte dieses Opfer buchstäblich verbluten lassen. Als dem Arzt der Tod gemeldet wurde, versuchte er einen Selbstmord. Nunmehr wurde Dr. Steußloff in die Irrenanstalt gebracht. Dr. Hagemeister aus der Anstalt Neu-Ruppin bezeichnete den Angeklagten als einen Menschen mit erheblichem Schwachsinn und ethischem und moralischem Defekt. Kreismedizinalrat Dr. David bekundete, daß der Angeklagte das letzte Opfer geradezu furchtbar zugerichtet hatte. Auch er bezeichnete den Arzt als geistig minderwertig, hielt aber den § 51 für nicht anwendbar. Nach zweistündiger Verhandlung wurde der Angeklagte Dr. Steußloff der Lohn-Abtreibung (§ 219 R.-St.-G.) und der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Mitangeklagte Möwes wurde wegen Abtreibung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Soziales.

Auge und Ohr im Berufe.

Auge und Ohr spielen im Berufsleben eine große Rolle, aber die Praxis nimmt auf den Zustand der Augen und Ohren der in den Beruf Eintretenden keine Rücksicht. Gegen diese Unterlassung gehen Dr. Levinsohn als Augen- und Dr. Brühl als Ohrenarzt in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege an. Mit Recht fordert Levinsohn, daß Gesichtsfeld, Farben- und Raumsinn mehr berücksichtigt werden. Bei den häufigen Katarrhen des vorderen Augenabschnittes sind Berufe mit Staubentwicklung zu vermeiden. Auch sind Kinder mit stärkerer Kurzsichtigkeit vor Berufen zu warnen, die stärkere Rumpf- und Kopfbeugung verlangen. Brühl weist auf die Wichtigkeit der Berufsberatung der Ohrenkranken, Schwerhörigen und zu Schwerhörigkeit neigenden bei der Schulentlassung hin. Solche Leidende sind von allen Berufen fernzuhalten, die ein dauernd gutes Gehör beanspruchen, weil diese Berufe erfahrungsgemäß leicht zu Ohrenerkrankungen führen. Die gewerblichen Schädigungen, denen die Gehörorgane unterliegen, sind Temperaturwechsel, Feuchtigkeit der Außen- und Innenluft, Staubentwicklung, chemische und Gifteinwirkung, Lärmerzeugen und plötzlich auftretende Geräusche. Solange die Berufsberatung noch so mangelhaft wie heute entwickelt ist, sollten daher alle Proletariereltern auf die vorhandenen Fehler und Leiden ihrer Kinder achten, damit die Gesundheit der neuen Generation nicht noch mehr zu Schaden kommt, wie es unter dem kapitalistischen System schon sowieso der Fall ist.

Volksgesundheit und Völkerfriede.

Eine holländische Zeitschrift bringt, der Zeitschrift für soziale Hygiene zufolge, eine Arbeit von B. H. Sajet, in der dieser beweist, wie sehr auch Holland gesundheitlich unter dem Kriege, an dem es selber nicht beteiligt war, gelitten hat. Er beweist das an Hand von Statistiken, die die Großstädte, Gemeinden und das ganze Land umfassen. Die Tuberkulosesterblichkeit zeigte eine steigende Richtung und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Auch die Grippe forderte in Holland viele Opfer. Wie ausdrücklich betont wird, ist der Krieg die Ursache dieses Elends gewesen. Das zeigt uns, wie sehr die gesunde Entwicklung der Menschheit vom Völkerfrieden abhängt und wie auch unbeteiligte Völker dennoch unter Kriegen zu leiden haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211111-13/fragment/page=0006